

4671

Bibl. Mont

<36625579260010 **S**

<36625579260010

Bayer. Staatsbibliothek

Der Staat
aus dem Organismus des Univer-
sums entwickelt

ein Versuch

von

J o h. B a p t. N i b l e r,
der Rechte Licentiaten.

Mit einem Programm

des

H e r r n

Prokanzlers und Professors

Dr. G ö n n e r

über den

Einfluss einer richtigen Ansicht vom Staate
auf Geschichte, Politik, Statistik, Staatswirth-
schaft und Völkerrecht.

L a n d s h u t.

bei Philipp Krüll, Universitätsbuchhändler.

1 8 0 5.

Der Staat

als dem Organismus des Univer-
sals entwerft

ein Verzeich-

nis der in der

Mit einem Programm

Prokurator und Professor

Dr. G. H. H. H.

Einmal eine richtige Ansicht vom Staat
und Geschichte, Politik, Staat, Staatsrecht,
schon und Volkswirtschaft.

Verlag von
bei Philipp Kall, Universitätsbibliothek

1805

Ueber die
Nothwendigkeit einer Verbesserung
der
Ansicht vom Staate
und
über den
Einfluss dieser Reform
auf Geschichte, Politik, Statistik, Staats-
wirthschaft und Völkerrecht.

Ueber die
Notwendigkeit einer Verbesserung
der

Ansicht vom Staat

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Einfluss dieses
auf Geschichte, Politik, Statistik, Sprache,
Völkerrecht und Völkerrecht.

Die Erforschung des Wesens und Zweckes der Staaten hat als eine wichtige Angelegenheit der Menschheit Gelehrte aller Zeiten, aller Nationen, aller Classen beschäftigt. Noch ist man über diesen Gegenstand zu einem richtigen Resultate nicht gelangt, noch mangelt es am Standpunkt, von welchem aus dieses erhabene Ziel erreicht werden kann. Von der alten vagen *salus publica* bis zur kantischen Sicherung der Rechte -- von der alten *Maiestas a Deo* bis zum rousseauischen *Contrat social* gieng man so schnell über, daß man die ungeheure Kluft ganz überfah, welche man in beiden Extremen übersprungen hatte.

Unsere Erkenntnisse über das Wesen des Staats sind mit den Fortschritten der Philosophie innig verbunden. Die Tendenz der kantischen Schule, durch scharfes Unterscheiden

und Absondern zum strengen Denken zu führen, war auch in Beurtheilung des Staats wirksam. Sobald man den Staat nur durch Zwang handelnd sich vorstellte, konnte auch nur Erhaltung des Rechts demselben als Zweck entsprechen, und diesen Zwang als Beschränkung der natürlichen Freiheit gedacht, war das Problem, wie der Mensch diesem Zwange rechtlich untergeordnet werde, nur durch Annahme eines Grundvertrags und einer Repräsentation der Einzelnen im Volke auflösbar. Nun ward mit den Worten Gemeinwillen, Grundvertrag, Repräsentation, Gewalten u. dgl. wirklich gefährliches Spiel getrieben.

1) Der Gemeinwillen sollte nicht ein empirischer, sondern der vernunftgemäße seyn: ist aber nicht Vernunftgemäßeheit die Vernunft selbst? -- 2) Der Grundvertrag sollte nur in der Idee aufgestellt werden, welcher kein Factum in der Erfahrung zusage: als ob es möglich wäre, etwas in der Idee anzunehmen, was bei der Uebertragung auf etwas in der Erfahrung Bestehendes keine Realität hat! als ob selbst in der Idee ein Staat als vernünftig

nothwendig und doch durch seine Construction aus einem Vertrage als Gegenstand der Willkühr dargestellt werden könnte! 3) Erst durch die aus dem Grundvertrag abgeleitete Repräsentation sollte die Freiheit des Einzelnen mit der Abhängigkeit vom Staate vereinbar gemacht werden. Allein der Staat wird durch den Gemeinwillen (der mit der Vernunft synonym ist) regiert, folglich die natürliche Freiheit durch den Staat so wenig als durch die Vernunft selbst vermindert, wozu bedarf es dieser Repräsentation? 4) Man sprach von Trennung dreier Gewalten, ohne zu bedenken, daß, wenn man die Trennung in Personificirung der Herrschergewalt aufstellt, die Einheit des Herrschers, und, nimmt man sie in den Herrscherrechten an, die Einheit der Regierungsgewalt vernichtet wird.

Haltbar war dieses Gebäude nicht, und es gehört wohl unter die ersten Bedürfnisse, auf einen anderen Grund ein festeres Gebäude aufzuführen.

Kants unsterblichem, über jede Verkleinerung erhabenem Ruhme tritt dieses Urtheil nicht zu nahe. Er lehrte seine Zeitgenossen

Denken durch Absondern; aber in der Natur ist kein Stillestehen. Der an scharfes Denken gewöhnte Geist mußte sich höher schwingen, und die nachfolgende philosophische Schule -- wie immer ihr Meister itzt oder künftig heißen mag -- muß die Tendenz annehmen, das scharf Gefonderte und im Einzelnen deutlich Erkannte wieder zusammen zu fassen, und in jenem harmonischen Einklange als ein Ganzes darzustellen, wie es die Natur überall hervorbringt. Ich will meine Ansicht vom Staate in Kürze vortragen.

I. Ob Staaten eine menschliche Erfindung und ihr Dasein ein Produkt menschlicher Willkühr -- oder ob sie in der Idee Geboth der Vernunft und in der Realität Produkt der Natur, von menschlicher Willkühr unabhängig seien, darauf kommt alles an. Ist es Zufall, ist es Produkt menschlicher Willkühr, daß in Europa so viele Millionen Menschen nebeneinander leben, oder ist ihr Dasein das Werk der Natur? Ist das letzte, wie nicht geläugnet werden kann, so muß auch die Form ihres Nebeneinanderseyns durch die Vernunft in der Idee ausge-

prochen, und durch die Natur selbst realisirt seyn. Diese Form, nicht nur des vernunftgemäßen Nebeneinanderseyns unzählbarer Menschen, sondern selbst ihrer physischen Existenz, ist der Staat, Staaten sind also nicht bloß in der Idee durch Vernunft geboten, sondern auch in der Wirklichkeit durch die Natur hervorgebracht.

II. Staaten sind zwar allemal ein Verein, aber keine Gesellschaft, soferne man hierunter eine Verbindung versteht, deren Existenz und Zweck von der Willkühr der verbundenen Subjekte abhängt. Keinem Staate liegt ein Vertrag zum Grunde. Wer könnte sich erklären, daß wir im ganzen Erdenrund unter allen cultivirten Nationen zu allen Zeiten Staaten antreffen. Gegenstände menschlicher Erfindung, menschlicher Willkühr zeichnen sich durch ein solches Alter, durch eine solche Allgemeinheit, durch eine solche Einförmigkeit nicht aus.

III. Sie sind Verein der Kräfte, das Medium, wodurch der Mensch als sinnliches Vernunftwesen ohne Trennung des thierischen vom geistigen ergriffen, und die physische

mit der moralischen Welt verbunden ist. Der Mensch bedarf eines Bodens, worauf er lebt, und die Erde des Menschen, der ihre Produkte gewinnt, veredelt, verwendet. Nicht blos Geisteskräfte, auch physische Kräfte, der Menschen und der Erde, stehen im Vereine, der alle Einseitigkeit aufhebt, und zwischen beiden eben jenen vollendeten Einklang herstellt, wodurch die Natur in allen Wesen und allen untergeordneten Zwecken nur Einheit durch alle ihre Wirkungen auspricht.

IV. Der Verein ist organisch; das Universum ist nur Ein Organismus, und alle Theile können im Universum nur organisch existiren. Sind, wie nicht geläugnet werden kann, Staaten ein Produkt der Natur, so sind sie nur durch und im Organismus da, folglich Theile desselben, und können nur als organisch gedacht werden.

V. Es ist eine schädliche Einseitigkeit, im Staate nur die vereinigten Menschen, und diese nur als Vernunftwesen zu betrachten. Vernunftwesen sind zwar ein Theil der vereinigten Kraft, aber schon als organische Vereine von Kräften stehen Staaten

unter den physifchen Naturgefetzen nicht weniger, als unter den Vernunftgefetzen, fofern Vernunftwesen auch in dem Vereine vorkommen, ohne dafs beide einander aufheben, denn in den Gefetzen der Natur giebt es keinen Widerspruch. Ist es doch eine wichtige Aufgabe einer guten Staatsverwaltung, den Staat mit geographifch gut abgetheilten Behörden zu verfehen. Wer kann geographifche Abtheilungen machen, ohne die physifchen Gefetze zu beachten?

VI. Der Zweck dieses Vereins muß identifch feyn mit der Natur, weil der Verein nur die Form der Exiftenz ausdrückt. Auch fpricht die Natur in allen ihren Wirkungen bei allen Staaten diesen Zweck aus. Teutſchland, das uns Tacitus befchreibt, als ein durch Sümpfe und Moräfte elendes, durch Wälder ſchreckliches Land, kennt nun einen Herbſt, trägt nun Wein und Obſt, -- ſeine Bewohner, von Tacitus her als rohe Menſchen gekannt, find nun durch Künſte und Wiſſenſchaften gebildet, und alles dieſes durch den Verein im Staate. In allen Theilen unſers Erdenrunds, unter Negern und Weiſen, iſt Veredlung des Bodens und der Menſchen, wo Staaten find,

ohne Staaten die Erde Wildniß, und der Mensch außer den unentwickelten Anlagen seines Geistes nur Thier. Im Buche der Natur lese man mit freiem Auge, und man wird finden, daß Staaten die Form sind, welche die Realisirung des Zweckes der Natur für die Erde und ihre Bewohner bedingt.

VII. Daß Staaten als organischer durch die Natur selbst producirter Verein der Kräfte auch unter physischen Naturgesetzen stehen, zeigt sich am deutlichsten durch das Dasein mehrerer Völker und durch die Nothwendigkeit ihres Daseins. Jede Kraft kann nur in einer bestimmten Entfernung und in bestimmten Richtungen wirken; jeder Staat muß also auf einen bestimmten Theil des Erdenrunds beschränkt seyn. Hier hat die Natur ungeheure Felsenmassen aufgethürmt, dort durch Meere Nationen getrennt, und noch kein Eroberer hat diese physische Gränze ungestraft überschritten. Da aber auf allen Theilen unserer Erde der Organismus wirkt, so muß am Endpunkte eines Staats der andere anfangen, ein Staat ist vom andern unabhängig, alle Staaten zusamm sind als Theile des

Universums mit dem Ganzen organisch verbunden, und durch das Band der Menschheit im ganzen Erdenrund umschlungen.

VIII. Jeder Organismus bedarf eines Vereinigungspunkts in der Person des Herrschers, welche nur eine physische Person seyn kann, denn sobald es mehrere Personen wären, müßten sie einen höheren Vereinigungspunkt haben, um organisch zu seyn. Hieraus wird auch erklärbar, warum alle sogenannte Freistaaten von immerwährenden Reibungen geplagt, und doch am Ende in Monarchien verwandelt werden, warum sich noch beinahe alle Revolutionen in einer Monarchie geendet haben. Die Stürme in monarchischen Staaten hatten mehr in subjektiven Verhältnissen der Regentenhäuser ihren Grund.

IX. Vereint werden im Herrschen die Kräfte, um durch die concentrirte Kraft auf alles im Staate zu wirken. Hiezu bedarf jeder Staat einer mechanischen Einrichtung, um die Kräfte zu concentriren, und mit denselben zu wirken; woraus sich die Nothwendigkeit von Staatsämtern bildet, welche insgesamt vom Herrscher ausgehen.

X. Untheilbar ist die Herrschergewalt; wissenschaftlich lassen sich zwar Theile derselben unterscheiden, wie nämlich manche Aeussierungen eine bestimmte Richtung haben, um in einem Zweige den Staatszweck zu erreichen; aber hieraus entsteht nur eine Classification, niemals eine Trennung der Herrscherrechte (Gewalten), denn sie wirken insgesamt nur auf einen Zweck hin.

Diese Ansicht vom Staate erschien mir nicht nur durch die Vernunft, sondern auch durch die Erfahrung bewährt, Studium der Geschichte, Aufmerksamkeit auf die Handlungsweise solider Regierungen, überzeugten mich von der Richtigkeit des aufgefaßten Gesichtspunkts, und die Bearbeitung des deutschen Staatsrechts in einem vollständigen Systeme zeigte mir die Nothwendigkeit, den Staatszweck, wovon das Wesen des Staates untrennbar ist, auf eine eigene, der Natur mehr angemessene Weise zu bestimmen. Nur konnte ich bei einem positiven Staatsrecht meine Ansicht rationell nicht begründen; ich ermunterte daher Herrn Nibler, den Verfasser dieser Schrift, welche ich nach sei-

nem Wunsche in die literarische Welt einführe, diesen Gegenstand ausführlich zu bearbeiten. Die Juristenfakultät hat auch die Arbeit dieses talentvollen und fleissigen Mannes mit dem Preise der unentgeltlichen Licentiatenwürde gekrönt. An derselben habe ich ausser der rohesten Zeichnung des Gebäudes und ausser der Aufmunterung eines meiner denkendsten Zöglinge zu seiner Vollendung keinen Antheil. Alles andere, jeder Gedanken zu seiner Begründung, gebührt Herrn Nibler, wie die Leser, auch ohne meine feierliche Versicherung, schon aus der ihm eigenthümlichen Darstellung, sich überzeugen werden.

Nur habe ich mir als Gegenstand dieser Vorrede vorbehalten, den Einfluss, welchen die wichtige Verbesserung des Begriffes vom Staate auf Geschichte, Politik, Statistik, Staatswirthschaft und Völkerrecht hat, näher vor Augen zu legen, damit man etwa nicht glaube, es gelte hier einer bloßen und unfruchtbaren Speculation, und damit man ihr einer höheren Aufmerksamkeit würdige, als sonst akademischen Schriften zu Theil wird.

A) Für die Geschichte ist diese Reform sehr bedeutend. Noch trennen viele die Universalgeschichte von Geschichte der Menschheit: viele sehen die erste mit der Völkerwanderung für geschlossen an, und zersplittern die neuere Geschichte in mehrere Staatengeschichten, obgleich alle neuere Völkerschicksale deutlicher als jemals bewähren, daß alle Völker nur Theile des Ganzen, und mit diesem selbst nach physischen Gesetzen verbunden sind. Der höchste Grad von Cultur, dessen die Erde und ihre Bewohner fähig sind, machen das Ideal aus, welches dem Geschichtschreiber beständig vor-schweben und wornach er seine historischen Data verarbeiten muß; sein Amt ist, zu zeigen, welcher Grad von Cultur nach der Zeitfolge erreicht, und durch welche Begebenheiten derselbe hervorgebracht wurde. Veränderungen der Staatsverfassung, große Naturbegebenheiten, Kriege, wichtige Entdeckungen, Zustand der Wissenschaften, des Handels, der Gesetzgebung, der Bevölkerung, der Sitten, u. dgl. sind nur Theile, welche erst durch ihre Verbindung mit dem Ganzen ein Leben erhalten, und

und erst im Vereine zu dem Namen Geschichte berechtigen. Wer glaubt, die Geschichte eines Staats lasse sich nach verschiedenen Gesichtspunkten behandeln, und dieses fragmentarische Werk verdiene den ehrwürdigen Namen Geschichte, der hat von ihr noch gar keinen Begriff.

B) Die Politik, als die Wissenschaft, wie auswärtige Staatsangelegenheiten zweckmäßig zu behandeln sind, hat Geographie, Statistik und Geschichte als Hülfsmittel, aber ihr Princip ist noch nicht gefunden, der Kanon politischer Unternehmungen noch nicht aufgestellt, und wer vermag alles das Unheil zu beschreiben, was politische Dilettanten mit ihren politischen Rechnungsfehlern über die Menschheit verbreitet haben! Die sonderbaren Familientheilungen unter den Carolingern waren die Quelle unzählbarer Kriege in Teutschland und Italien, bis im neunzehnten Jahrhundert ihre letzte Spur verschwand! woraus erklärt man, daß sich ein kleiner Haufen Niederländer gegen Spanien behauptete, in dessen unermessenem Gebiete die Sonne nicht unter-

gieng: wie lange und durch welche Opfer täufchte man sich mit der grundlosen Hoffnung, Teutschlands Besitzungen auf dem linken Rheinufer zu erhalten, obgleich mit den vereinigten Niederlanden, der Schweiz und Elfaß die beiden Flanken entblöset waren, ohne welche man das Centrum nicht behaupten konnte! Warum mußte Carl VI. die Königreiche Neapel und Sardinien, womit er sich für die spanische Monarchie abfinden ließ, sobald wieder verlieren? Warum erlosch unter Carl XII. aller Glanz, welchen Gustav Adolphi's Schatten unter der schwachen Christina der schwedischen Krone auf teutsche Kosten verschafft hatte? Man vergleicht itzt England mit Carthago, Frankreich mit Rom, um ein Bild des jetzigen Kampfes aus der Vorzeit aufzustellen: man sollte ganz umgekehrt England mit Rom vergleichen. Englands Größe beruhet auf seinen Colonien, wie Roms Größe auf seinen Provinzen; England schafft sich durch seine Colonien nur Punkte, wohin seine Kräfte divergiren; die Losreissung Germaniens, Galliens, Brittaniens, von Rom, und die erkämpfte Unabhängigkeit des vereinigten Amerika, ruhen auf einem

Princip, das früher oder später einerley Folgen hervorbringen muß. Das Princip und der Kanon liegt nur in dem, was Staaten im Univerſum ſind. Staaten, als die Form, unter welcher allein Menſchen neben einander ſeyn können, als die Bedingung jeder Cultur der Erde und ihrer Bewohner, müſſen 1) überall, wo Menſchen exiſtiren, von der Natur ſelbſt hervorgebracht werden. Schon die Reibungen, welche unter ihnen unvermeidlich wären, würden dieſe Wirkung haben, aber nur langſam könnte dieſer Weg zum Ziele führen; die gütige Natur wählt den kürzeren Weg, ſie ſetzt den rohen Menſchen mit cultivirten in Berührung, und was in der rauheren Vorzeit Eroberungſucht that, das leiſtete und leiſtet noch in unſerm gebildeten Zeitalter der Eigennuz durch Handel. Rom hat aus Eroberungſucht Germanien, Gallien, Spanien, Brittanien u. ſ. w. zur Cultur durch Staatsverein gebracht -- Spanien, Portugall, Frankreich und England führen aus Handelsinterelle den Bewohnern am Ganges, Indus, Misisipi, vielen Inſulanern die Cultur zu, wie ſchon die Phönicier thaten.

Auf diesem Wege wird die cultivirte Nation zuerst Beherrscherin der uncultivirten, sey es nach dem Eroberungsrechte, oder, um sich die Handelsvortheile zu sichern. Aber dieses unnatürliche Verhältniß dauert nur so lange, als die Nation Kind ist, nur so lange verkauft sie Gold und Edelsteine gegen nürnbergischer Spielwaaren, schon in den Jünglingsjahren begehrt sie besseres Spielzeug, bessere und nützlichere Fabrikate; hat sie die Mündigkeit erreicht, und mit dem Mannesalter das Gefühl ihrer Selbstständigkeit erhalten, so wirft sie das unnatürliche Joch des sogenannten Mutterlands ab, und erkämpft, wie Amerika, ihre Souveränität. Der Kanon zur Beurtheilung der Macht jener Staaten, deren Gröfse auf Colonien beruhet.

2) Aber als vereinte Kräfte sind Staaten an die physischen Gesetze gebunden. Der Satz, daß zu große Staaten durch ihre eigene Schwerkraft zusammenstürzen, ist oft mißverstanden worden. Kein Staat ist älter, keiner dauerhafter und von Umwälzungen freier, als der Staat von China, und doch ist er der größte unter allen bekannten Staaten, der 5. Millionen Soldaten hat! Was heißt ein zu

großter Staat? Jede Größe ist ein relativer Begriff, und was in einem bestimmten Raume wegen verschiedenen Naturhindernissen die Kraft schwächt, kann unter andern Umständen, bei einem gleichen Flächeninhalt die Kraft verstärken. Denke man sich von der Schweiz die Berge hinweg, und sie kann und wird von ihren Nachbarn getheilt und diesen eine Vergrößerung ihrer Macht werden. Spanien, durch die Pyrenäen von Frankreich getrennt, könnte ohne diese Felsenkette gar leicht mit Frankreich verbunden seyn. Für eine Macht, welche schon Seemacht ist, kann die Erwerbung eines Hafens oder einer Insel große Vortheile gewähren, eine Landmacht schwächt durch eine gleiche Erwerbung bei ihrer relativen Unmacht zur See nur ihre Kräfte durch eine Divergenz. Staaten ohne Kraft, d. h. die zu kleinen Staaten, müssen fallen, weil es ihnen an Kraft gebricht, und weil die Rivalität ihrer benachbarten Staaten nicht von ewiger Dauer ist. Nicht immer werden die tausend Bürger von Gersau oder St. Marino einen Bonaparte finden, der, wie Alexander dem Diogenes, ihnen aus dem Wege gehet, damit

er ihnen das Sonnenlicht nicht entziehe! Aber bei großen Staaten ist die Kraft nicht bloß nach der Quantität, sondern als vereinte Kraft auch nach der Qualität zu beurtheilen.

Die Erwerbung der burgundischen Lande für Oestreich, die Königreiche Neapel und Sardinien, womit Carl VI. für die spanische Succession abgefunden wurde, Toscana, welches Franz I. für Lothringen bekam, waren Divergenzen für die österreichische Monarchie, und gar nicht dazu gemacht, die Kräfte dieses Staats zu vermehren. Aber man vereinige Neapel mit Sicilien, man consolidire alle Staaten des italiänischen Stiefels, und das Verhältniß ist gerade umgekehrt. Wie mächtig wurde Spanien, seitdem die vielen kleinen Königreiche, in welche es zertheilt war, vereinigt wurden! Selbst Handelsvorthelle, wenn sie auch für den Augenblick bedeutend scheinen, vermehren nur insoferne die Kräfte eines Staats, als er dieselbe ohne Divergenz seiner Kräfte behaupten kann. Ob nicht teutsche Fürsten ihrer Selbsterhaltung wegen alle ihre Unternehmungen auf die teutsche Staatsconstitution berechnen sollen, in welcher allein sie

unter den europäischen Mächten mit Nachdruck und Selbstständigkeit auftreten können, wage ich nicht zu entscheiden. 3) Macht, auch die concentrirte, ist noch immer relativ durch die Vereinigungsart. Pohlens Theilung entstand nicht aus dem Mangel an Kräften dieses Staats, aber aus Mangel an lebendigem Organismus ihres Vereins. 4) Sie ist relativ nach dem Verhältniß zu benachbarten Staaten. Das Gleichgewicht allein vermag den Ruhestand unter Völckern, welcher allein der Natur entspricht, aufrecht zu erhalten, und wenn auch die Völkerrepublik des Abbé St. Pierre als ein schöner Traum sich darstellt, so kann man doch nicht läugnen, daß Kants Bedingungen des ewigen Friedens soferne in der Natur gegründet sind, als man Völker nicht bloß als Vernunftwesen nach Gesetzen der praktischen Vernunft, sondern auch als Naturwesen nach physischen Gesetzen beurtheilt. Nach dieser Rücksicht kann eine dem Umfang nach gleiche Vergrößerung zweier Staaten das Gleichgewicht stören, und Oestreich hat gegen Preussen bei allen bisherigen Vergrößerungen nichts gewonnen, weil, auch Gleich-

heit der Theile vorausgesetzt, Preußen durch seine Erwerbungen zu einer Macht vom ersten Range emporstieg, und Oestreich diese Stufe, worauf es schon stand, durch seine Ausdehnung nicht übersteigen konnte. 5) Aus diesem Grund kann eine scheinbar nützliche Erwerbung sehr schädlich werden, wenn sie den erwerbenden Staat mit einer andern Macht in eine neue Berührung versetzt. Bedeutende Winke, welche sich hieher beziehen, enthielt über neuere Ereignisse in Schwaben der Monitor, und über den Einfluß, welchen die unmittelbare Berührung hervorbringt, worin sich seit Pohlens Theilung Rußland, Oestreich und Preußen befinden, denken die Politiker noch sehr verschieden. 6) Selbst der Begriff von Macht verändert sich in dem politischen Calcul. Welch ein ungeheurer Abstand der Kräfte zeigt sich im Kriege, welchen ein gebildetes Volk führt, gegen die Mehrzahl des uncultivirten! Wie lange kann sich noch das in Barbarei versunkene Osmanische Reich behaupten? Wie lange werden noch die cultivirten Mächte Europas sich von den Barbaren der afrikanischen Küste brandschatzen las-

sen? Wie richtig calculirt der große Alexander I. von Rußland, welcher nicht durch Eroberungen, sondern durch Cultur seinem unermesslichen Reiche intensive Stärke und ein neues Leben verschafft! 7) Was von unnatürlichen Verhältnissen der Macht gesagt wurde, gilt auch von einem unnatürlichen gespannten Handelsverhältnisse. Widernatürlich ist jeder geschlossene Handelsstaat, er beabsichtigt eine Trennung eines Theils unsers Erdenrunds von den übrigen, mit welchem er durch die Natur organisch verbunden ist, und reißt eine im Ganzen unbedeutende Zahl Menschen aus der Menschheit heraus. Englands Monopol des Seehandels ruhet blos darauf, daß Egypten in den Händen eines barbarischen Volkes ist, man setze dieses an Künsten und Wissenschaften ehemals blühende Land in seinen vorigen Zustand der Cultur, und die lange, gefährliche Seefarth nach Indien ist in eine kurze, sichere, Straße verwandelt. Welches Glück für die Menschheit, wenn alle Theile des Erdenrunds cultivirt, alle Meere mit friedlichen Kauffartheschiffen bedeckt, alle Häfen allen Nationen geöffnet

find! -- Und sollte in der Natur das Princip fürs Gegentheil liegen! sollte ein Politiker richtig calculiren, wenn er der Natur das Gegentheil ihrer Gesetze abtrotzen wollte? Alle diese Rücksichten bleiben dem Auge desjenigen verschlossen, welcher Staaten nicht nach dem, was sie im Universum sind, nicht als organische Theile des Ganzen, nicht als Naturprodukt betrachtet, und darum mangelt im wissenschaftlichen Unterrichte, wie Schlözer sehr schön bemerkt, noch der eigentliche politische Cursus.

C) Auch die Statistik gewinnt neues Licht. Ist sie, wie der große Schlözer in seinem neuesten Werke (Theorie der Statistik 1804.) richtig sagt, nur ein Theil der Geschichte, so kann sie schlechthin auf bloße Macht und Stärke, und selbst diese nicht blos auf die Zahl der Quadratmeilen, Bevölkerung, Staatsverfassung und Finanzen, beschränkt seyn. Sie muß alle Staatsmerkwürdigkeiten beachten. Der Maasstab zur Beurtheilung der hieraus sich bildenden Macht muß daraus entnommen werden, was Staaten im Universum sind, und dann ist die Frage, wie verhielten

sich vor 40. Jahren Neapels 6 Millionen zu Preussens 5 Millionen? wie Frankreichs 24 zu Englands 12 ? leicht zu beantworten.

D) Vorzüglich für Staatswirthschaft ist diese wissenschaftliche Reform fruchtbar. Shmith stellt in seinem unsterblichen Werke Vertheilung der Arbeiten als ihr Princip auf, aber er führt darüber nur einen historischen Beweis, und so viele Nachbether dieser große Mann fand, so gerecht die allgemeine Verehrung seines Meisterwerkes auch ist, so wenig dachte noch jemand daran, daß der historische Beweis bei einem wissenschaftlichen Princip nicht genüge. Sind Staaten ein organischer Verein der Kräfte, so liegt im Begriffe des Organismus das Merkmal von Verschiedenheiten, so hat die Natur uns selbst das Princip vor Augen gelegt, indem sie ihr großes Meisterwerk nur dadurch vollendete, daß sie die Kräfte vertheilte, um in Einzellnem Vollkommenheit hervorzubringen, und daß sie die vertheilten Kräfte organisch verband, um dem Ganzen die höchste Vollkommenheit durch das Einzelne zu verschaffen. Durch diese Ansicht ist die Staatswirthschaftsgewalt als ein

wichtiger Theil der Herrschergewalt nicht nur begründet, sondern auch ihre Sphäre genau vorgezeichnet, so, daß nun die Gränze zwischen Polizei, Staatswirthschaft und Finanzen scharf abgesteckt, und eines der wichtigsten noch unaufgelösten Probleme aufgelöst ist. Die Vertheilung der Gewerbe, die Leitung des Handels wird nun kein Denker mehr zur Polizei rechnen: kein Vernünftiger an der Gewalt des Regenten zweifeln, für öffentliche Anstalten zur Bildung unbedingt, und mit Ausdehnung auf das fruchtbare Gebieth der Aesthetik die Staatskräfte zu verwenden: der Staat wird es möglich machen, daß sich die Geistesanlagen der Menschen, ohne Ausnahme entwickeln, daß Lebensgenuß an die Tagesordnung kommt: der Staat wird uns nicht mehr eine Maschine seyn, welche alle Vernunftwesen nur in eine Lage versetzt, um sich nicht aufzufressen, sondern er wird uns als der wohlthätige Organismus erscheinen, in welchem wir als Brüder einer Familie uns freundlich die Hand reichen, und am Abend im Kreise der Fröhlichkeit von der Tageslast ausruhen: die Staatsgewalt werden wir nicht mehr,

nur mit dem Schwert und der Zuchtruthe ausgerüstet, fürchten, wir werden sie, mit dem Füllhorn geschmückt, lieben, und im Regenten den Vater des Vaterlandes verehren.

E) Das Völkerrecht gewinnt erst den Standpunkt, von welchem es auf consequente Resultate geführt werden kann. Gegen einen Angriff roher Horden schützt man sich wie gegen eine Räuberbande; könnte aber dieses ein Princip unter kriegführenden Völkern ausmachen? Das Völkerrecht ruhte auf einem sandigen Boden, da man es nur auf die Unabhängigkeit der Völker baute, und überfah, daß Völker nur als coexistirende Staaten gedacht werden können, daß auch sie nur integrirende Theile des allumfassenden Weltorganismus seien, und daß wir nicht aufhören, der Menschheit anzugehören, wenn wir Bürger eines Staates sind. Unter dieser irrigen Vorstellung hat man die wichtigsten Sätze entweder verkehrt, oder aus dem sehr precären praktischen Völkerrechte abgeleitet, von welchem der größte Theil selbst durch die Vernunft geheiligt ist, und welche nur darum durch das Vehikel der Convenienz unter Völkern gangbar wurden, weil die Ver-

nunftgemälsheit mit dem wahren Vortheil allemal übereinstimmt, und weil die Gelehrten den Standpunkt nicht hatten, um die Wahrheiten auf dem Wege der Speculation zu finden. Ich will meine etwas auffallende Behauptung mit Beispielen belegen.

Der Satz, jedes Land ist geschlossen, besteht nur insoweit, als das Weltbürgerrecht unverletzt bleibt; daß ein Staat, den Fall einer Völkerfervitut ausgenommen, auf fremdem Gebiethe keine hoheitliche Handlungen ausüben kann, daß jeder Staat nur seinen Bürgern Treibung des Handels und der Gewerbe auf seinem Gebiethe erlaubt, sind rechtliche Folgen des angeführten Satzes; aber wer wollte hieraus das *Droit d'Aubaine* rechtfertigen, wodurch ein Weltbürger seines Eigenthums beraubt würde? wer wollte ein aus dem Schiffbruche gerettetes Guth seinem unglücklichen Eigenthümer vorenthalten?

Das Gleichgewicht soll unter Völkern nur ein politisches, nicht ein rechtliches Princip seyn: würde aber durch Aufhebung desselben nicht der ganze Organismus unserer sublunarschen Welt gestöhrt, welcher nur im Eben-

maas seiner Theile bestehen kann? Ist nicht die Erwerbsfähigkeit aller Menschen beschränkt durch die Erwerbung aller Mitmenschen, und giebt es nicht schon eine natürliche Gränze der Occupation unter Völkern?

Man zweifelt, ob ein Volk die Veränderungen der Verfassung und Regierungsform der andern Völker, die neuen Titel oder Personen seiner Regenten anerkennen müsse. Als ob nicht Völker, weil sie nur als coexistirende Staaten denkbar sind, die Souveränität und Selbstständigkeit anderer Staaten in ihren Wirkungen respectiren müssen, vorausgesetzt, daß nicht unter andern Rücksichten in solchen Veränderungen eine Rechtsverletzung liegt!

Ob Gesandte nach dem rationellen Völkerrechte Exterritorial seien, und wie weit sich ihre Wirkungen, besonders wegen dem Hausgottesdienst, erstrecken, darüber läßt sich wohl nicht streiten, wenn man Gesandte als Repräsentanten der Hoheit eines fremden Staates betrachtet.

Daß Kriege das Eigenthum und die persönliche Sicherheit des unbewaffneten Bürgers eines im Kriege befangenen Volkes nicht afficiren, daß der Bürger hingegen gegen den feindlichen Staat und seine Bewohner keine Gewaltthaten ausüben dürfe, ist wohl nur eine Folge des Satzes, daß Völker nur als coexistirende Staaten Kriege führen, folglich alle feindliche Handlungen das Gepräge eines ho-

heitlichen Aktes an sich tragen, und nur als Mittel zum Zwecke rechtlich seyn können. Eben hieraus wird es begreiflich, warum mit vollkommener Beistimmung des rationellen Völkerrechts kriegführende Völker durch ihren eigenen Vorthail dahin gebracht wurden, auch dann noch die Hoheit des Staates und seine Herrscherrechte zu respectiren, wo sie den Staat, ohne Absicht ihn als Eroberung zu behaupten, militärisch besetzen.

Ich könnte das nur flüchtig angezeigte weitläufiger beweisen und durch andere Beispiele vermehren, wenn es mir nothwendig schiene, und der enge Raum eines Programms erlaubte. Mir genügt, eine neue Ansicht über einen der wichtigsten Gegenstände frei von allen Feseln, womit Lieblingsformeln den Geist einschränken, geöffnet, und die wohlthätigen Folgen dieser Reform für andere Theile des unermesslichen Gebiethes der Wissenschaften in einem schwachen Umriss dargestellt zu haben. Wenn diese Darstellung mit Unpartheilichkeit und ohne Vorurtheile gewürdigt, und -- widerlegt oder benützt wird, wenn sie, wie ich nicht zweifle, in einem oder dem andern Falle, Früchte auf einem dankbaren Boden trägt, so ist einer meiner schönsten Wünsche erfüllt. Landshut im Sept. 1804.

N. Th. Gönner.

Inhaltsanzeige.

ERSTES HAUPTSTÜCK. *Prüfung der bisherigen Lehre vom Staat, Staatszweck und von der Entstehung des Staats.*

- §. 1. Wichtigkeit des Gegenstandes.
- §. 2. I. Plato.
- §. 3. II. Zeiten der Scolaſtik.
- §. 4. III. Neuere Zeiten. A. Hugo Grotius.
- §. 5. B. Hobbes.
- §. 6. C. Puffendorf.
- §. 7. D. Wolf.
- §. 8. E. Kant.
- §. 9. F. Fichte.
- §. 10. Die ſalus publica als Staatszweck. Schlözer.
- §. 11. Majer (System der Staatsregierung.).
- §. 12. Neueste Zeiten. Krause, Wagner, cet.

*

Inhaltsanzeige.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

ERSTER ABSCHNITT. *Begründung des Staats, seine Idee, sein Endzweck.*

§. 1. Das Universum ist sich seiner selbst bewußt.

§. 2. Das Universum ist organisch.

§. 3. Das Menschengeschlecht auf unserm Planeten ist, wie das in jedem andern, ein organisches Ganze.

§. 4. Dieser Organismus hat seinen Grund in den Gesetzen der Natur.

§. 5. Er muß aus organischen Theilen bestehen.

§. 6. Wie können aber diese neuen selbstständigen Organismen unter sich ihren organischen Zusammenhang beybehalten?

§. 7. Idee des Staats.

§. 8. Zweck des Staats.

§. 9. Ist der aufgestellte Organismus der Staat?

ZWEITER ABSCHNITT. *Einrichtung des Staats nach jener Idee.*

§. 10. Einleitung.

Erster Absaz. Grundverhältnisse der Staatsglieder untereinander.

§. 11. Vertheilung der Geschäfte.

§. 12. Producenten.

§. 13. Regent.

§. 14. Staatsdiener.

Inhaltsanzeige.

§. 15. Wie werden die Staatsdiener unabhängig von den Producenten, und diese von jenen?

§. 16. Verhältniß des Regenten.

Zweiter Absatz. Von den Grundthätigkeiten des Staats.

§. 17. Die Staatsgrundthätigkeiten müssen organisch seyn.

§. 18. Sie sind: Bildung, Erwerb, Recht.

§. 19. Ihr Zusammenhang.

§. 20. Sie sind nicht die Hoheitsrechte.

Dritter Absatz. Die Staatsgrundverhältnisse und die Staatsgrundthätigkeiten in Vereinigung.

§. 21. Methode.

Erste Abtheilung. Der Staat als Verein zur Bildung.

§. 22. Grundlage aller Kultur.

§. 23. Geschiedenheit und Zusammenhang der individuellen Bildungen.

§. 24. Die Bildung muß den Umständen angemessen seyn.

§. 25. Sittlichkeit der Einzelnen.

Zweite Abtheilung. Der Staat als Verein für physisches Wohl.

§. 26. Der Staat führt Haushaltung.

I. Einnahmen.

§. 27. Der ganze Staat erwirbt.

Inhaltsanzeige.

§. 28. In der erwerbenden Klasse muß der Geist des Eigenthums belebt und genährt werden.

§. 29. Verfahren der Regierung.

II. Ausgaben.

§. 30. Bedürfnisse des Staats.

§. 31. Befriedigungsart derselben.

Dritte Abtheilung. Der Staat als Verein zur Herstellung des rechtlichen Zustandes.

§. 32. Idee des Rechts.

§. 33. Rechte und Verbindlichkeiten.

§. 34. Gegenstand des Rechts.

I. Gewissheit der Rechte.

§. 35. A) Staatsrecht.

§. 36. B) Privatrecht.

II. Sicherheit der Rechte.

§. 37. A) Policey in rechtlicher Hinsicht.

§. 38. B) Verfahren des Staats gegen Rechtsverlezer.

§. 39. a) Strafen.

§. 40. b) Bürgerlicher Prozeß.

III. Ueber Gesetzverbesserungen.

§. 41. Welche Gesetze müssen geändert werden?

§. 42. Was heißt: Gesetzverbessern?

§. 43. Folgen einer Gesetzabänderung.

Der Staat

aus dem

Organismus des Universums

entwickelt.

1832

Organization of the University

enriched

III. The University

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Prüfung der bisherigen Lehre vom
Staat, Staatszweck, und von der
Entstehung des Staats.

§. 1.

Wichtigkeit des Gegenstandes.

Die verschiedenen Systeme der Philosophie
sind nicht verschiedene Krempen eines und des-
selben Hutes, und eben so wenig sind die ver-
schiedenen Lehren vom Staate bloß mehrere
Ansichten des Staats von verschiedenen Seiten.
Es ist auch nicht einerley, wie der Staat auf-
gestellt werde, und man darf nicht glauben,
es sey gleichgeltend, was die Schule vom Staa-
te spreche, indem die wirklichen Staaten doch
ihren naturgemäßen Gang fortgiengen, ohne
auf Schulmeynungen zu achten. Zur Widerle-

gung dieses Vorurtheils berufe ich mich auf die Erfahrung unserer Tage. Man sehe die Staaten unsrer Zeit. Jeder handelt nach eigenem Plane, -- welcher ursprünglich Produkt des wissenschaftlichen Forschens war. Jeder Staat zeigt ein scientifisches System in seiner Lebendigkeit. Von der Richtigkeit des zu Grunde liegenden Systems also hängt das Wohl oder Wehe der Nationen ab. Die Schule und das Leben, die Theorie und die Praxis liegen sich also nahe; sie verhalten sich wie Seele und Leib.

Ich glaube daher, keine vergebliche Arbeit zu thun, wenn ich mit schwachen Kräften mich mühe, die wichtigsten der verschiedenen Meynungen über das Wesen, den Zweck, und den Ursprung des Staates auszuheben, und zu prüfen.

§. 2.

I. P l a t o.

Plato's, des Göttlichen, Staat umfaßt alles, was menschlich ist; sein Wesen besteht in Harmonie des scheinbar sich widersprechenden. Das Begierliche, das Muthige, das Vernünftige

der menschlichen Natur verbinden sich, ausgebildet in verschiedenen Klassen der Bürger, zum Einklang. Jeder Einzelne steht auf dem seinen Fähigkeiten angemessenen Platze, und sein Glück ist sein Einpassen ins schöne Ganze.

Der Zweck dieses Staates konnte kein anderer seyn, als zunächst die harmonische Bildung des Menschen, und, auf das Universum bezogen, die Verschönerung der Welt durch sich selbst.

Von Entstehung des Staates konnte Plato um so weniger sprechen, da es ihm blos um das Urbild des Staats zu thun war, und er nicht nöthig hatte, aus der Entstehung desselben sein Wesen abzuleiten. Jedoch entgingen dem Weisen die Mittel nicht, deren sich die Natur bediente, um ihres Endzwecks sicher zu seyn. Dasjenige, was den Einzelnen wider Willen in den Staat nöthiget, ist sein Bedürfnis fremder Hülfe.

Diese Ideen mußten denen, welche das Einzelne, so einzeln es ihnen die Sinne darboten, auffaßten, chimärisch dünken, und daher kam's denn, daß, während die einen Plato den Göttlichen hießen, die andern in sei-

ner Republik ein Chef d'oeuvre d'un Visionnaire sehen wollten.

Plato's Geist verschwand, so wie alle Wissenschaftlichkeit, allmählig, und die Menschen traten vom Neuen die Laufbahn des Forschens an.

§. 3.

III. Zeiten der Scolastik.

Die Scolastik hat zwar die Welt mit einem Systeme der Staatswissenschaft verschont; indess sind jene Zeiten doch höchst merkwürdig, weil sich aus ihnen der Gegensatz von Staat und Kirche herschreibt, welcher sich bis auf unsere Zeiten selbst in der Wissenschaft erhalten hat. In jenen finstern Zeiten, wo die Kirche mit fürchterlicher Uebergewalt den Staat zu erdrücken drohte, konnte alles Streben nur dahin gehen, dem Staate Luft zu machen, und ihm ein Plätzchen neben der Kirche anzuweisen. Da man bis auf uns vom Gegensatze des Staats und der Kirche ausgieng, und nur immer das richtige Verhältniß beyder zu einander aufzufinden bemüht war: so zeigt sich mir hier die schicklichste Stelle, meine Bedenken gegen eine solche Trennung zu äußern.

1) Der Ursprung dieser Trennung, der lediglich Empirie ist, sollte dagegen, daß es sich auch in Wahrheit so verhalte, sehr mißtrauisch gemacht haben; und wenn man sich den Gegensatz ohne weiters geben ließ, so verdient eine solche Verfahrungsart gar keine Widerlegung. Wollte man den Gegensatz dadurch rechtfertigen, daß man sagt: der empirische Staat und die empirische Kirche löse sich in Einheit auf, und nur in der Erscheinung seien beide, als zwei Pole, Freiheit und Nothwendigkeit -- einander entgegengesetzt: so irrt man, wenn ich mich nicht täusche, im Schlusse; denn daraus, daß dasjenige, was wir mit innerer Freiheit ergreifen, mit physischer Nothwendigkeit sich äußern müsse, folgt nicht, daß zwei gefonderte Gesellschaften vorhanden seyn müssen; vielmehr folgt daraus, daß alles Wirken von einem und demselben Centralpunkte ausgehen muß. Die Nothwendigkeit der Trennung ist also nicht bewiesen. Allein eine solche Trennung ist auch zweckwidrig;

2) denn das Wesen und die Natur des Staats und der Kirche, als gesonderter Gesellschaften, hat das Princip der Vernichtung des

Gegentheiles in sich. Freiheit und Nothwendigkeit, Gewissen und physische Gewalt, können nur dadurch beseligend wirken, daß sie von einem Principe belebt, daß sie vereinigt sind. Es wäre Misverstand, wenn man glauben wollte, eine solche Vereinigung sei eine Vermischung beider. Nein! sie werden ewig getrennt seyn müssen. Aber über sie beide muß der Vereinigungspunkt schweben. Es muß eines Mittel zum Zwecke des andern, kurz, ihre Vereinigung muß lebendig werden. Absolut getrennt würden sie sich vernichten, einander subordinirt würden sie sich beschränken, und ihren gemeinsamen Zweck hindern.

Feuer und Wasser würden sich, miteinander vermischt, aufheben. Sie sind beide getrennt, nicht absolut, denn so sind sie nichts, nicht einander subordinirt, sondern beide Aeufferungen einer Welt, und, auf diese bezogen, in schönster Harmonie.

Stephani über die absolute Einheit des Staats und der Kirche.

§. 4.

III. Neuere Zeiten. A. Hugo Grotius.

Groot, der Vater des Völkerrechts, war der erste in den neueren Zeiten, der die Staaten wissenschaftlich zu begründen suchte. Er nahm einen ursprünglichen Gemeinbesitz aller Menschen am Erdboden an. Aus diesem liefs er sie in der Zeit durch Verträge heraustreten. Massen trennten sich von Massen -- Völker; einzelne von einzelnen -- die Staatsbürger. Durch diese Darstellung gab Groot den Ton für die Forschungen von Jahrhunderten an. Gemeinbesitz, Vertrag, Urtheilung wurden nun die Angeln, in denen sich alle Systeme dieser Zeit drehen. Ich werde also nicht Unrecht thun, wenn ich hier an der Quelle diese Grundfesten von Lehrgebäuden zu würdigen versuche.

1) Man sieht ohne Erinnerung, dafs dieser, so begründete Staat blofe Rechtsanstalt sei. Dies blieb der Staat auch bis auf unsere Zeiten, wenigstens in wissenschaftlichen Werken. Man hatte also dem Staate nicht nur die Kirche gegenübergestellt; man schränkte seine

Wirksamkeit noch mehr ein, man ließ ihn bloß für das Recht sorgen. Man schien aber vergessen zu haben, daß man, um Rechte zu haben, arbeiten, und Kenntnisse haben müsse. Eben so ließ man aus den Augen, daß das Recht nur die Form sei, in welche alle menschlichen Verhältnisse gebracht werden müssen. Die Rechtslehre, welche nach diesen Systemen ohnehin die Staatswissenschaft begreift, mußte also entweder bloß formell werden, oder, wenn sie Inhalt hatte, mußte sie diesen Inhalt erschleichen, und konnte nie versichert seyn, eine geschlossene Sphäre zu haben.

2) Das höchste und letzte Princip war bisher der Gemeinbesitz des Erdbodens. Wenn man hier sich nicht gerne selbst Arbeit machte, so geschieht es nimmer. Man wollte den Staat begründen, von welchem man nicht läugnen konnte, daß er aus Individuen bestehe, welche aber wieder vereinigt sind. Zu diesem Zwecke nahm man an, daß die Menschen (im Rechtsinne) ungetrennt waren, daß sie eine in Theile nicht zerlegte Einheit bildeten. Daß diese Einheit (compactum) nicht halten konnte, das giebt man gerne zu;

diese Einheit hat auch nicht halten sollen, dies wollten jene Staatserbauer, denn der Kolos mußte erst zerfallen seyn, wenn vom Erbauen eines Staates die Rede seyn konnte. Wozu nun der Gemeinbesitz, welcher, wenn der Staat errichtet werden soll, wieder aufgehoben werden muß? Wer sich ein Wohnhaus bauen will, baut nicht zuerst einen unhaltbaren Thurm, welchen er einreißt, um Baumaterialien zum Wohnhause zu bekommen.

3) Aus dieser Gemeinschaft am Boden kam man in den Staat nur durch einen Vertrag. Dies war auch nicht anders möglich. Dieser Vertrag war nach den verschiedenen Systemen verschieden modificirt. Diese Modifikationen sollen nach und nach bei den folgenden Systemen angeführt werden. Anfangs hielt man den Vertrag für einen empirischen, der sich aus der Geschichte documentiren sollte. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung bedarf keiner Widerlegung. -- Hier soll nur die Mifslichkeit gezeigt werden, welche aus der Begründung des Staates durch einen Vertrag entsteht.

Es läßt sich nirgends ein Vertrag denken, außer wo es in der Willkühr der Pacifcenten

steht, ob, und wie sie den Vertrag schliessen wollen. Die Entstehung eines Staates wird also zufällig, eben so zufällig ist seine Einrichtung. Dafs dies aus der Behauptung der Nothwendigkeit eines Staatsvertrages fließt, muß jeder zugeben, der auf Consequenz Anspruch macht. Wenn man nun nebenbei den Staat für rationell nothwendig erklärt, und zum Eintritt in den Staat sogar physisch zwingen läßt, so stechen diese beide Dinge -- Willkühr und Nothwendigkeit, sonderbar gegen einander ab. -- Und wie steht es mit der Fortdauer eines durch Vertrag entstandenen Staates? Sollen etwa die Jetztlebenden bei dem ersten Vertrag mit ihrem Consense eingeschlossen gewesen seyn? Dies glaubt man eben so gut, als man glaubt, dafs wir in die Sünde Adams und Evas eingestimmt haben. Oder schliessen die Menschen bloß als Vernunftwesen ohne alle Aeufferung diesen Vertrag? Allein, es ist doch nur eine Vernunft; und Niemand schließt mit sich selbst Verträge. -- Dadurch, dafs der Staat als durch einen Vertrag entstanden vorgestellt wird, sinkt er zu einer beliebigen Societas herunter, und

wie paßt ein solcher Staat in das Universum, in dem nichts zufällig, sondern nothwendig ist, aus welchem nichts herausgenommen werden kann, ohne es selbst zu zerstören?

§. 5.

B. H o b b e s.

Man fühlte, daß, wenn auch die Menschen durch Vertrag den Gesamtbefitz aufheben, dadurch doch nicht unmittelbar der Staat entstehe, sondern daß man dadurch nur isolirte Wesen bekomme, die erst wieder vereinigt werden müßten. Es fragte sich nun, warum vereinigen sich diese Einzelnen wieder zur Einheit?

Hobbes glaubte, die Menschen in ihrer Isolirtheit, in außergefellschaftlichem Zustande, wären im beständigen Kriege gegen sich begriffen. Jeder ist zu Beleidigungen geneigt, keiner im Stande, fremde Beleidigungen von sich abzuwehren. Da aber die Vernunft doch Ruhe gebietet, so müssen die Menschen eine Macht constituiren, welche den Einzelnen von Beleidigungen abhält, und gegen Beleidigungen sichert. Alle müssen ihren Willen im Re-

genten vereinigen , der eben darum Einer und unbefchränkt seyn muß. Der Staatsvertrag wurde hier Unterwerfungsvertrag.

Dafs auch hier der Staat eine zufällige Anstalt wurde , leuchtet ein. Die Menschen sind im außergesellschaftlichen Zustande ; in einem Zustande , aus dem sie heraustreten müssen. Wenn aber die Vernunft dieses Heraustreten gebietet , gebietet sie es nicht im ersten Moment der Existenz von Menschen ? Wenn der Grund der Errichtung des Staats in der Natur des Menschengeschlechts liegt , liegt er nicht in selbem sobald es ist ? Hebt also die Nothwendigkeit des Staats nicht allen außergesellschaftlichen Zustand auf ? Wenn aber doch der Staat aus diesem Zustande entstehen soll , so mußte der Staat nicht nothwendig gewesen seyn ; dann sind außergesellschaftlicher Zustand und Staat Modifikationen menschlichen Seyns , und daher zufällig. Gleichgültig ist es , ob man jenen außergesellschaftlichen Zustand in der Geschichte auffuchen oder ob man ihn für ein Gedankending ausgeben will ; denn was einmal der Natur der Dinge wider-

spricht, kann ja von ihnen auch nicht gedacht werden.

Der Staat, wie ihn Hobbes aufstellte, konnte bloß negativ wirken; er war bloß Anstalt gegen Verletzungen. Es war ein Glück für die Menschheit, daß nie ein solcher Staat existirte. Aber wie konnte nach jenem Systeme das Verfahren eines Regenten gerechtfertiget werden, welcher die Kräfte aller auch zu positiven Zwecken benützte? Hat der Staat bloß Sicherungsanstalt vor Beleidigungen, so ist der Regent nicht zu mehr befugt, als was dieser Zweck erheischt; sind aber auch positive Anstalten nothwendig, und die Regenten dazu befugt, so muß die Sphäre des Staats auch auf sie angewendet werden, und das Hobbes'sche System fällt von selbst zusammen.

§. 6.

C. Puffendorf.

Puffendorf gieng von der Frage aus, was natürlichen Rechtes sey? Darunter verstand er aber alles, was Menschen, geleitet durch ihre Vernunft, thun sollten. Den Erkenntnißgrund des Lezteren setzte er in die Geselligkeit

(socialitas). Aus dieſer leitet er nun die Pflichten des Menſchen gegen Gott, gegen ſich ſelbſt und gegen andere ab. Man ſieht, daſs er Religioſität, Moralität und Rechtlichkeit aus einem Principe ableitet; abgesehen von der Unthunlichkeit dieſes Verfahrens, die ſchon Heineccius aufdeckte, hat Puffendorf das Verhältniß zu einander nicht deutlich vorgeſtellt, vielmehr alle drey ſehr untereinander vermiſcht. Die Pflichten gegen andere theilt er in officia humanitatis, ſeu imperfecta, und in perfecta, Rechtspflichten. Dieſe ſind wieder entweder abſolut, oder hypothetiſch; letzteres, wenn ihre Gültigkeit bedingt iſt, auf eine menſchliche Einrichtung. Zu den menſchlichen Einrichtungen gehört auch die Errichtung von Geſellſchaften. Auffallend iſt nun, daſs Puffendorf ſelbſt geſteht, daſs kein Zuſtand der Menſchen möglich ſey, wo alle gleich wären, daſs die Menſchen nur in Familien leben könnten, ja daſs ſogar die Menſchen nie auſſer dem Staate gelebt haben. Sogleich verläßt er die ſchöne Bahn wieder, und fragt aufs neue,

was

was die Menschen vermocht haben mochte, aus dem häuslichen Zustand in den Staat zu treten. Den Grund findet er darin, daß der Staat das einzige Mittel war, die Menschen vor einander sicher zu stellen. So sehr er sich hier bemühte, die Nothwendigkeit des Staats zu beweisen, so wird er sich doch wieder ungetreu, wenn er die im natürlichen Zustand lebenden Menschen (faktisch) deliberiren läßt, *ob* sie aus demselben treten wollen. Der Vertrag darüber ist bey ihm so willkürlich, daß jemand, der darein gestimmt hat, nachher, wenn durch Vota majora die Verfassung bestimmt wird, wieder pönitiren kann, wenn ihm diese nicht beliebig ist. Eben so willkürlich ist sein darauf folgender Unterwerfungsvertrag.

§. 7.

D. W o l f.

Bisher war die Frage immer, was mochte den Menschen bewogen haben, aus der Gütergemeinschaft, dem außergesellschaftlichen oder aus dem häuslichen Zustand cet. herauszutre-

ten. Man sah endlich ein, daß, wenn es auch historisch gezeigt werden könnte, warum die Menschen dies thaten, dadurch doch noch der Vernunftgrund nicht angegeben sey, welchem der Staat sein Daseyn zu danken hat. Man stellte also jetzt die Frage so: was bewog die Natur (in ihrer höheren Bedeutung), Staaten hervorzubringen? Unbekümmert, welcher Neigungen, Zustände etc. die Natur sich etwa bedienen möge, im Menschen den göttlichen Funken zu wecken.

Wolf machte Vollkommenheit der Einzelnen zum Anfangs- und Endepunkt des Staats. Um dieser Vollkommenheit willen müßten die Menschen freywillig in den Staat treten, welcher bloße Rechtsanstalt, und dadurch Mittel zu jener Vollkommenheit war.

Vollkommenheit der Einzelnen, als solchen, kann der Zweck des Staates nicht seyn. Wolf selbst gieng bey Begründung seiner Theorie von dem gleichen Rechte, welches jeder Einzelne auf Vervollkommnung habe, aus. Der Staat, um dessen willen die Gütergemeinschaft aufgehoben wurde, müßte also jedem, wenn er seinen Zweck erreichen wollte, es wenig-

stens möglich machen, sich eben so zu vervollkommen, als jeder andere. Nun bringt es aber die Natur eines Vereines mit sich, daß unter den Individuen die größte Verschiedenheit herrsche. Welch Unglück, wenn alle Gelehrte seyn wollten, oder Künstler! Dadurch würden wir entweder mit den Arbeitsleuten den körperlichen Unterhalt verlieren, oder, weil die Weisen und Künstler zugleich für die Befriedigung körperlicher Bedürfnisse sorgen müßten, würde alle Weisheit und Kunst vereitelt. Und offenbar sind Künstler und Weisen mehr gebildet, als jene, welche sich mit Herbeischaffung der Befriedigungsmittel physischer Bedürfnisse beschäftigen. Der Staat als Verein ist also platterdings unschicklich, individuelle, und gleiche Vollkommenheit hervorzubringen: und eben desswegen ist er (nach Wolfs Voraussetzung) ein unnatürlicher Zustand.

§. 8.

E. K a n t.

Wolf hatte den Stein zur rationellen Bearbeitung der Rechts- und Staatswissenschaft

gelegt. Kant verfolgte sie. Beschränkt, wie er ihn fand, als Rechtsanstalt, faßte er den Staat auf. Den größten Antheil daran hatte die Gewohnheit voriger Zeiten, die Rechtslehre als Anhang oder als integrirenden Theil der Moralphilosophie darzustellen und die relative Unmöglichkeit, für diese Wissenschaft ein anderes Plätzchen zu finden. Freilich hängt er noch im Systeme an den alten Formen; aber diese wurden alle bei ihm im symbolischen, idealischen Sinne genommen. Der Gemeinbesitz, an den man ehemals als ein historisches Faktum glaubte, löste sich bei ihm in ein Postulat der praktischen Vernunft auf. Sie wurde idealische Gränzsäule der Spekulation. -- Auch sein außergesellschaftlicher Zustand (zum Unterschied des Staats) ist kein faktischer, sondern intellektueller Zustand. Er glaubte die Rechte und Verbindlichkeiten der Einzelnen vorerst entwickeln zu müssen, um bei der Aufstellung des Staats (im Systeme) ein leitendes Princip zu haben. Das Recht der Einzelnen im Staate sollte nicht zufällig seyn; den Kanon dazu sollte das Privatrecht liefern. -- Die Menschen treten nicht faktisch,

sondern idealiter in den Staat; nicht wegen zu fürchtender Gewaltthätigkeit, Gut - oder Bösigkeit ihrer Natur; sondern um der Forderungen der Vernunft willen. Ihre Vereinigung geschieht nach der Idee eines Vertrages, nach der die Rechtmäßigkeit des Staats allein gedacht werden kann. In diesem Vertrage verlassen alle die wilde gesetzlose Freiheit („das Recht, seinem eignen Kopfe zu folgen“), um die Freiheit überhaupt in einer gesetzlichen Abhängigkeit wieder unvermindert zu finden; weil diese Abhängigkeit aus dem eigenen gesetzgebenden Willen Aller entspringt. Durch diesen Vertrag entsteht also ein allgemein vereinigter Wille. Aus diesem geht eine dreifache Gewalt hervor: die gesetzgebende, die vollziehende und richterliche Gewalt. Alle drei machen eine Einheit; und in ihrer Vereinigung besteht das Wohl des Staats, worunter der Zustand der größten Uebereinstimmung der Verfassung mit Rechtsprincipien verstanden werden muß. Einzeln genommen, sind sich diese Staatsgewalten wechselseitig Mittel zum Zwecke der andern (subordinirt); und zugleich ergänzen sie sich wechselseitig zur

Vollständigkeit (sie sind coordinirt). Diese drei Gewalten müssen, wenn der Staat ein peremptorischer Rechtszustand seyn soll, getrennt seyn. Das Volk hat die gesetzgebende Gewalt, welche es durch seine Deputirten (Repräsentativsystem) ausübt; denn so ist es einzig möglich, daß keinem Unrecht geschehe; weil sich sonst jemand selbst Unrecht thun könnte. Die ausübende Gewalt muß das Volk übertragen; der sie ausübt, heißt der Regent, er ist das Organ des Gesetzgebers. -- Das Volk richtet durch die Geschwornen; der Regent hat daran keinen Antheil.

Der Beherrscher ist idealischer Obereigenthümer des Bodens, und deswegen hat er das Recht der Staatswirthschaft, des Finanzwesens, der Policei, und der Oberaufsicht.

Ferner steht ihm als Uebernehmer der Pflicht des Volks das Recht zu, dieses mit Abgaben zu seiner (des Volks) eigenen Erhaltung zu belasten, als da sind: das Armenwesen, die Findelhäuser und das Kirchenwesen sonst milde, oder fromme Stiftungen genannt.

Ueberdies hat er auch das Recht, Würden und Aemter zu vertheilen, und das Strafrecht.

Weil Kant die Rechte der Einzelnen als vorhanden vor dem Staate wenigstens dachte, so konnte der Zweck seines Staates kein anderer seyn, als Sicherheit der Rechte. --

Meine Zweifel gegen das kantische System sind: ob es nothwendig sei, den Staat auch nur in der Idee entstehen zu lassen, und ob er durch einen idealen Vertrag entstehen könne? Ob Sicherheit der Rechte der Zweck des Staats sei? Ob die Klassifikation der Staatsgewalten erschöpfe? Und endlich: ob an der Trennung dieser Gewalten das Wohl des Staats gelegen sei?

1) Wenn wir untersuchen wollen, ob der Staat als in der Idee entstehend vorgestellt werden dürfe, und könne: so wird es hier nicht undienlich seyn, zu fragen, was Kant verleitete, dies wirklich zu thun. Er läßt den idealen Eintritt in den Staat nicht deswegen zu, weil etwa in der Erfahrung Menschen in den Staat getreten sind; er thut es auch nicht, weil die praktische Vernunft es fordert; denn

diese fordert nur den Staat, und weis von keinem Eintreten in denselben. Es konnte demnach Kants Interesse bei diesem Verfahren bloß ein spekulatives seyn, und dies Verfahren selbst lag in seiner individuellen Gedankenreihe. Er faßte zuerst die Einzelnen als solche im Verhältnisse zu Einzelnen auf, und fand, „daß die Gesetze über Mein und Dein im Naturzustande, der Form nach, ebendasselbe enthalten, was die im bürgerlichen vorschreiben.“ Es ist nun nicht zu läugnen, daß die Formen durch Abstraktion, und durch bloßes Auffassen der Einzelnen gegen einander gefunden werden können; allein das wahre Interesse liegt bei dem Privatrecht an seinem Inhalt. Durch diese Verwechslung der Form und des Inhalts, der Möglichkeit und der Wirklichkeit irre geführt, schloß er, daß das Recht der Einzelnen unter einander auch für sich aufgestellt werden müsse, und dies glaubte er so fest, daß er an der Möglichkeit des Staats verzweifelte, wenn man nicht vor selbstem provisorische Rechte zulassen wollte. Dadurch wurde aber auch sein Privatrecht bloß formell. Mögliche Rechte haben keinen

Werth; sollten sie, und mit ihnen ihr Inbegrif -- das Privatrecht -- einen Werth haben, so müßten sie reel seyn; dann würde aber zu ihrer Begründung schon der Staat vorausgesetzt.

2) Kant nimmt zur Begründung des Staats einen idealen Vertrag an. Dafs es überhaupt möglich sei, den Staat durch einen Vertrag entstehen zu lassen, suchte ich oben zu zeigen. Hier soll dargethan werden, dafs wissenschaftlich ein Staatsvertrag gar nicht gedacht werden kann. Der wichtigste Grund, den Kant für diesen Vertrag anführen konnte, und angeführt hat, ist, dafs die einzelnen, von sich unabhängigen Menschen nicht in die im Staate nothwendige Abhängigkeit, ihres vernünftigen Charakters unbeschadet, kommen könnten, wenn nicht diese Abhängigkeit aus ihrem Willen entspränge, wenn das Uebernehmen der Abhängigkeit nicht selbst Akt ihrer Unabhängigkeit wäre. Es scheint, dafs man einen Grundvertrag annehmen müsse, wenn man von der Unabhängigkeit der Einzelnen ausgeht. Allein ich läugne die Nothwendigkeit, dafs vorerst die Unabhängigkeit des Menschen

allein aufgefaßt werden müsse; ja, ich glaube, daß dies gar nicht geschehen dürfe. Wenn Wesen unabhängig von einander seyn sollen, so können sie nicht abhängig werden ohne hinreichenden Grundes; dieser müßte nun entweder in ihnen selbst, oder in etwas ausser ihnen seyn. Allein, weder im ersten noch im zweiten Falle sind sie unabhängig gewesen. Man kann und darf also, wenn man einen Verein von Menschen begründen will, nicht zuerst ihre Unabhängigkeit einzeln ins Auge fassen. Damit aber ist die Nothwendigkeit, einen Grundvertrag anzunehmen, selbst getilgt. -- Könnten und dürften aber auch die Menschen zuerst als unabhängig betrachtet werden, so würde doch ein Vertrag den Staatsverein nicht begründen können; denn man will wohl nichts anders mit dem Grundvertrage, als erklären, wie der Mensch, seiner inneren Unabhängigkeit unbeschadet, äußerlich abhängig werden könne. Allein, wenn dazu ein Vertrag nothwendig seyn sollte, so müßte erst gezeigt werden, ob nicht die größte innere Unabhängigkeit neben der größten äusseren Abhängigkeit bestehen könne.

Man könnte zur Aufrechthaltung des Grundvertrages noch anführen, daß Kant ihn nur als Normativ aller Staatseinrichtungen betrachtete; und es sei doch gewiß, daß alles, was im Staate vorgeht, aus dem gemeinfamen vereinigten Willen Aller hervorgehen müsse. Ein solcher Wille könne aber nur durch einen Vertrag konstruirt werden. -- Hierunter liegt ein bloßes Wortspiel. Der vorgebliche gemeinfame Wille ist keine Collektion der verschiedenen individuellen Willen Aller; denn dieser wäre empirisch, und nur eben dieser könnte durch einen Vertrag entstehen; sondern dieser Gemeinwille ist der reine Wille, die Vernunft selbst; vernünftige Wesen schließen aber keinen Vertrag, vernünftig seyn zu wollen; denn, um ihn zu schließen, wird schon die Vernunft vorausgesetzt.

3) Weil Kant das Privatrecht unabhängig vom Staate aufgestellt hat; so konnte er die Menschen zu keinem andern Endzwecke in den Staat treten lassen, als zu den der Peremptorität, und Sicherheit der im Naturstande provisorischen Rechte. Es ist der unverzeihlichste Mißgriff, behaupten zu wollen, daß Sicher-

heit der Rechte Zweck der Fortdauer des Staats, nach Kant, sey; denn Kant gab ja nur an, zu welchem Zwecke er seinem Privatrecht das Staatsrecht beyfügte, was ihn nach seinem einmal genommenen Gedankengange nöthigte, die Menschen aus dem Naturstande heraus in den Staat zu bringen.

Da Kants Behauptung sich auf die Voraussetzung, daß das Privatrecht auch vor Aufstellung des Staats entwickelt werden könne, gründet; wir aber gezeigt haben, daß die Möglichkeit, ein formelles Recht aufzustellen, noch keineswegs berechtere, die Menschen, als mit Rechten versehene Wesen, ausser den Staat zu setzen: so braucht seine Meynung keine weitere Widerlegung.

Was diejenigen betrifft, welche den Zweck des Staats nicht blos in der Theorie, sondern in der Wirklichkeit in Sicherung der Rechte setzen; so werden uns dieselben, auch vorausgesetzt, daß der Staat bloße Rechtsanstalt sey, nicht läugnen können, daß der Staat beständig die Gesetze, und damit auch die Rechte abändern müsse; denn es braucht wohl keines Beweises, daß das, was vielleicht im Mit-

telalter höchlich Recht war, heutzutage höchstes Unrecht seyn würde. Wenn aber der Staat nur die Rechte sichern soll, wie könnte er mit Abwürdigung der Rechte zu seinem Ziele kommen? kurz! Sicherheit der Rechte als Endzweck des Staats wäre das Polster aller Observanz, und ein Damm gegen jede Verbesserung.

Kant sah wohl ein, daß der Menschheit mit dem Rechte allein wenig gedient sey; er nimmt also auch Staatswirthschaft, Polizey etc. mit in den Staat auf; jedoch nur als Mittel zum Rechte, und subordinirt unter dasselbe. Man hätte dagegen einwenden können, daß ein solcher Staat z. B. Aufklärung nur in so ferne aufkommen lassen würde, als er es zu seinem Zwecke dienlich finden möchte, und daß er daher den Bedürfnissen der Menschheit nicht entspreche. Aber diese Bedenklichkeit hob man dadurch, daß man sagte, das gerechteste Volk müßte, um es zu seyn, nothwendig auch das gebildetste seyn: der rechtlichste Zustand habe zu seinem Mittel die größte Kultur: und so war das Verfahren, das Recht an die Spitze zu stellen, und ihm

alles unterzuordnen, gerechtfertigt. Es ist un-
 streitig, daß z. B. Kultur Mittel zur Herstel-
 lung des rechtlichen Zustandes sey. Allein
 würde man nicht mit eben dem Rechte sagen
 können, daß auch das Recht Mittel zur Kultur
 ist? Beyde Sätze sind wahr; nach jedem ein-
 zelnem läßt sich ein System entwerfen. Aber
 es müssen entweder beyde Systeme falsch seyn,
 oder sie müssen, wenn sie wahr sind, durch
 Etwas Höheres vermittelt, und zur Einheit ge-
 bracht werden, ohne welches sie aber, also in
 ihrer Einzelheit, als falsch verworfen werden
 müssen. Den Knoten hier zu schürzen, ist mir,
 da ich mich näher über die Sache hier nicht
 erklären kann, nothwendig. Indessen soll er
 an seinem Orte zur Genüge gelöst, und die
 Einseitigkeit der bisherigen Vorstellungen ge-
 zeigt werden.

4) Kant theilt die Staatsgewalten in die ge-
 setzgebende, executive und richterliche. Poli-
 cey -- Staatswirthschaft -- Finanzgewalt cet.
 sind bey ihm nur als Mittel jener ersteren be-
 gründet. Die ersteren sind sich wechselseitig
 bey - und untergeordnet. Wenn mit dieser
 Sub - und Coordination so viel gesagt seyn

soll, als: die Staatsgewalten dürfen nicht untereinander vermifcht, sondern jede muß als selbstständig behandelt werden; diese Selbstständigkeit ist aber wieder nicht absolut, sondern sie müssen sich wechselweise Zweck und Mittel abgeben; so verdient diese Bemerkung alle Achtung, weil durch ein solches Verhältniß allein zwischen den Staatsgewalten gedeihliche Ruhe hergestellt werden kann. Aber wenn Kant diese drey für die einzigen Staatsgewalten erkennt, und alle übrigen Zweige der Herrscher - Thätigkeit ihnen unterordnet; so ist diese Behauptung eben so unrichtig, als jene, daß Alles außer dem Rechte bloß Mittel zu diesem sey, und muß mit letzterer, wenn deren Unrichtigkeit bewiesen ist, zusammenstürzen. -- Auch zugegeben, daß der Staat bloß Rechtsanstalt sey, oder wenigstens dem Rechte alles subordinirt werden könne, möchte noch die Richtigkeit der Eintheilung der Staatsgewalten in gesetzgebende, richterliche und executive Gewalt billigen Zweifeln unterliegen, so sehr Kant dieselbe aus dem Verfahren der praktischen Vernunft ableiten und erläutern will. Denn einmal ist richterliche Ge-

walt selbst bey ihm nichts anders, als Subsumtion eines gegebenen Falls unter einen allgemeinen Satz; diese tritt aber überall ein; auch bey der Staatswirthschaft, Policey cet. muß subsumirt werden; und deswegen ist die richterliche Gewalt nicht gerade der gesetzgebenden und vollziehenden entgegengesetzt. Ferner, da keine Execution, als nach dem Gesetze, oder eigentlicher des Gesetzes gedacht werden kann, so schließt die executive Gewalt schon die richterliche in sich, und es kann nur legislative und executive Gewalt gedacht werden; das Mittelglied -- die richterliche Gewalt, ist bloß eine Aeufferung der Execution, welche, um es zu seyn, wohl Verstand haben muß, der aber von ihr nicht getrennt werden kann, ohne sie selbst aufzuheben.

5) Durch den schön und scharf aufgefaßten Unterschied der (freylich nicht erschöpften) Staatsgewalten in objektiver Hinsicht wurde Kant verleitet, eine subjektive Trennung derselben vorzunehmen, und in diese (statt in jene) alles Heil des Staats zu setzen. Sein allgemeiner Wille, der durch einen

einen idealen Vertrag entstand, und deswegen nichts weniger als eine collective Einheit der Willen seyn konnte, wird jetzt -- wider Verhoffen -- ein empirischer Wille; das Volk hat die gesetzgebende Gewalt, weil Gesetze Ausdruck des allgemeinen Willens -- der Vernunft -- seyn sollten. Kant hätte, wie er anfieng, auf demselben Wege dem Volke auch die übrigen Staatsgewalten übertragen können, und sollen; allein die executive Gewalt überträgt er einem Regenten, „dessen Gewalt vom Volke, welches ursprünglich die oberste Gewalt hat, allenfalls als eines Staatsbeamten abgeleitet werden muß,“ „und gegen welchen doch kein Widerstand statt hat.“ Den Grund dieser Trennung findet er darin, „weil eine Regierung, die zugleich gesetzgebend wäre, despotisch seyn würde.“ Nun ist zwar offenbar dort Despote, wo Gesetzgebung und Execution objectiv vermisch sind, wo physische Gewalt statt des Gesetzes gilt.

Allein ist da, wo beyde Gewalten vereinigt sind, auch eine Vermischung derselben vorhanden? Steht die Schädlichkeit der

objektiven Vermischung der Vereinigung der Gewalten in einer Person im Wege? Kant beruft sich darauf, daß diese Vereinigung gut sey, wenn der Autokrator weise wäre; allein dies sey, sagt er, ein tautologischer Weisheitspruch. Macht er sich aber desselben nicht selbst schuldig, da auch nur jene Regierung die beste ist, wo der Regent der beste ist? Und sage man doch, wo wird es schlechter stehen, dort, wo alle besonderen Interessen sich in einem Individuo auflösen, oder dort, wo der Regent, auf ein besonderes Interesse beschränkt, sich allem Uebrigen entgegen setzen muß. Wie hier, so verwechselt Kant auch bey der Trennung der richterlichen Gewalt von den ersteren immer das Subjektive mit dem Objektiven. -- Was ist aber mit dieser subjektiven Trennung gewonnen? Die Staatsgewalten sollten sich wechselseitig sub- und coordinirt seyn; allein dadurch, daß die mit diesen Gewalten bekleideten Subjekte von sich ganz unabhängig sind, ist ihre Subordination, und dadurch, daß Absolutentgegensetze (das verschiedene Interesse) sich aufheben, ihre Coordination unmöglich.

F. F i c h t e.

Durch Fichte wurde das Naturrecht reele Wissenschaft. Er fragte nicht mehr, unter welchen Formen kann das Rechtsverhältniß der Einzelnen erkannt werden, welche Rechte sind möglich? Die große Frage war: Unter welchen Bedingungen erlangt die Menschheit ihr Recht, welches sind die Gegenstände des wirklichen Rechts der Menschen im Staate?

Der Staat wurde bei Fichte wieder nur als Rechtsanstalt vorgestellt. Daß der Staat von dieser Seite betrachtet werden könne, gebe ich gerne zu. So läßt sich auch z. B. die Ehe als bloßes Rechtsverhältniß unter den Eheleuten betrachten: allein wer glaubt, daß dadurch das Wesen der Ehe schon erkannt sei? Eben dies gilt auch vom Staate, wenn man ihn bloß von der Seite des Rechts auffaßt. Das Wesen desselben ist dadurch nicht gefunden, und ich glaube sogar, daß, so lange dieses nicht gefunden ist, auch vom

Rechte die Rede nicht seyn könne, ich lebe der Ueberzeugung, daß es noch Etwas Höheres gebe, nach dessen Erkenntniß erst dem Rechte und der Darstellung des Rechts seine wahre Stelle angewiesen, oder eigentlicher die Rechtslehre erst begründet werden kann. Dieser Mangel am fichteschen Systeme abgerechnet, ist dasselbe, nach meiner Ueberzeugung, das schönste Werk, das in neueren Zeiten bisher über die Rechtslehre erschienen ist, und die Behandlungsart wird von der Seite ewig Muster bleiben, daß das Recht von dem, was außer ihm noch menschliches Bedürfnis ist, nicht losgetrennt, sondern das Recht vielmehr am Letzteren objektifirt wurde; nur kann ich nicht unberührt lassen, daß ich mit seinem Grundvertrage, und seinem Ephorate nicht einverstanden seyn kann.

1) Den Grund, warum er einen Vertrag zuließ, eröffnet er uns selbst. „Das Rechtsgesetz ist bloß formal, und keiner Anwendung fähig; denn die Grenzen der Freiheit eines jeden zu finden, ist unmöglich. Hierüber müssen sich die Partheien in Güte vereinigen.“ Es ist nicht überhaupt willkürlich, ob

man in den Staat treten wolle, aber es steht doch in eines jeden Willkühr, in diesen oder in jenen Staat zu treten." -- Daß das formale Rechtsgesetz keine Anwendung leide, ist richtig; aber daraus folgt nicht, daß das formale Rechtsgesetz auch das richtige sei. Es fällt das formale Rechtsgesetz mit dem Auffassen der isolirten Unabhängigkeit auf eins zusammen. Die Unstatthaftigkeit des letzteren ist aber oben gezeigt worden. -- Es ist allerdings willkührlich, in welchen Staat ich treten wolle; allein dies war die Frage nicht, sondern jene, ob der Staat überhaupt durch Willkühr entstehe?

2) Die Ephoren sollen die Aufsicht darüber haben, ob der Regent den Gesetzen gemäß handle oder nicht? Finden sie, daß er Unrecht thut, so belegen sie ihn mit dem Interdikte, berufen das Volk, und machen vor den Schranken des Volksgerichts die Ankläger des Königs. -- Männer zu finden, welche Ephoren werden möchten, würde schwer halten, eben so schwer, Regenten, welche Ephoren neben sich bestehen ließen. -- Die wichtige Frage ist aber, ob die Ephoren unter dem

Regenten stehen, oder nicht? Stehen sie unter ihm, so können sie ihm kein Interdikt verkündigen; denn über die Rechtmäßigkeit ihrer Ankündigung hätte der König zu urtheilen; sind sie aber von ihm unabhängig, und haben sie dabei keinen Antheil an der Regierung, so ist der Staat kein schönes Ganzes mehr, weil er Glieder in sich hat, die nicht unter der Einheit stehen. -- Fichte gesteht selbst, daß im Urtheile des Volks dem Könige oder dem Ephor Unrecht geschehen könne. Allein sein Zweck war doch, zu zeigen, wie das Unrecht unmöglich gemacht werde? Mit der Distinktion zwischen formellen und wirklichen Recht, und mit der Vertröstung, daß es das Volk nicht besser verdient habe, rechtfertigt er das Ephorat und das Volksgericht noch nicht. Ein Volk, das nicht richtig urtheilen kann, und dies kann kein Volk, verdient auch nicht urtheilen zu dürfen.

§. 10.

Die Salus publica als Staatszweck.

S c h l ö z e r.

Um die Darstellung der Systeme über Recht und Staat nicht zu unterbrechen, ver-

schwiegen wir, daß man schon frühe an der Richtigkeit des Rechts, als des Endzweckes des Staats, zweifelte, und etwas besseres und der Natur der Sache angemesseneres dafür zu setzen bemüht war. Dies Bessere war die höchst gepriesene, und höchst verschriene „Salus publica.“ Ihre Entstehung, oder wenigstens ihre Verbreitung, fällt in die Periode des Glückseligkeitsystems. Man wußte lange nicht, was man unter diesem vieldeutigen Worte verstehen sollte. Man gab dies Gemeinwohl für das Glück des Ganzen abgesehen von seinen Individuen aus. Mit Recht sagte man, daß dies Glück ein leeres Nichts sei. Nun sollten die Individuen glücklich werden, abgesehen von der Totalität. Da rief J. J. Rousseau, daß dies im Naturstande viel besser geschehen könne. Endlich sprach Schlözer mit un-nachahmlicher Wärme den großen Sinn dieses Gemeinwohls aus: Alle sollten in Allen glücklich seyn. Glücklich, werden, hohen Sinn in sich erweckt, und weiter verfolgt, was Schlözer im Großen gezeichnet hat!

§. II.

Majer (System der Staatsregierung).

Anfangs sollte der Staat bloße Rechtsanstalt seyn; darauf nahm man noch andere Bedürfnisse des Menschen, jedoch in Subordination unter das Recht in den Staat auf; hierauf wurde das Recht an allem übrigen lebendig gemacht, und verwirklicht; und zuletzt sah man ein, daß weder Subordination unter das Recht, noch Darstellung alles übrigen unter der Form des Rechts genüge; man gieng nicht mehr vom Rechte, man gieng vom ganzen Menschen aus: man fragte nimmer, was muß um des Rechtes willen seyn; man fragte, was muß überhaupt seyn, damit auch das Recht sei?

Nun wurde also die Untersuchung, was in den Staat aufgenommen werden müsse, und in welchem Verhältnisse diese verschiedenen Ingredienzien stünden, interessant.

Halb schüchtern noch beantwortet Majer die Vorfrage, ob in den Staat ausser dem Rechte noch etwas aufgenommen werden dürfe, indem er zur Aufnahme anderer Bedürfnisse den Grund nur in dringender Veranlaß-

lung, bei dem Rechte aber in Nothwendigkeit findet.

Er schließt zum voraus die individuelle Wohlfarth der Bürger vom Staate aus, und läßt diesen nur für die Möglichkeit sorgen, individuelles Wohlseyn zu erreichen. Diesem Zwecke gemäß wirkt nun der Staat entweder auf die Individuen, als solche, oder auf die Gesamtheit, als eine moralische Person. Das erste geschieht in der Civil- und Criminal- Gesetzgebung, und in der Civil- und Criminal- Justizpflege. Diese Thätigkeit des Staats ist die (von ihm sogenannte) Regierung des Volkes. Das letzte aber tritt ein im Persönlichkeits- Sicherheits- und Wohlfahrtsfache. Dies ist (seine) Führung des Staates. Beide zusammen machen die Staatsregierung aus, welcher die Lehre von den Mitteln dazu -- Staatsregierungsbedarf entgegensteht. Diese Bedürfnisse sind Staatsministerium, organisirte Kriegsmacht, Finanzen.

1) Zuerst werden wir zu untersuchen haben, ob individuelles Wohlseyn vom Staate ausgeschlossen werden müsse. Man glaube

nicht, daß ich frage, ob die Einzelnen im Staate etwa wie in einem Hospitale lebenslänglich gepflegt, oder wie Kinder am Gängelbände geführt werden. Denn es ist klar, daß auf diese Weise alle verhungern, oder alle ewig Kinder bleiben müßten. Nein! meine Frage hat einen andern Zweck. Sie geht auch nicht dahin, ob etwa die Regierung jedem Individuum das größtmögliche Glück verschaffen müsse, oder ob die übrigen dazu verbunden seyen. Jeder muß für sich sorgen, jeder muß arbeiten. Aber seine Arbeit erlernt er nur im Staat, nur für alle übrigen arbeitet er, nur durch den Verein ist er seines Gewinnes sicher. Sollte dies nicht zu einer neuen Ansicht des Staats berechtigen, nach welcher auch das individuelle Wirken der Einzelnen mit in den Staat angeschlossen würde?

2) Das Wichtigste bei einem Systeme der Staatsregierung wird wohl dies seyn, daß das Verhältniß alles dessen, was der Staat thut, aufgezeigt, und die Einheit alles seines Wirkens dargethan werde. Hierüber scheint Majers System nicht ganz befriedigend zu seyn. Allerdings sind die Regierung des Staats, und

die Bedürfnisse zu derselben zwei verschiedene Dinge. Allein, die Organisirung der Kriegsmacht und der Staatsdiener, und die Art, die Beiträge von den Bürgern dazu einzusammeln, gehören selbst wieder zur Staatsregierung, und (nach Majer) in die Führung des Staats. Und nun entsteht die wichtige Frage: in welchem Verhältnisse steht der Kriegstand, und der Stand der andern Staatsdiener zum Ganzen? wie muß der Staat in Ansehung seiner Finanzen handeln, um eine geschlossene Einheit zu seyn. Diese Fragen aber sind bei Majer noch nicht gelöst.

3) Majer überläßt dem Staate bloß die Sorge für die Möglichkeit individuellen Wohlfeyns. Daher muß der Staat das Recht herstellen, jedem seine Sphäre anweisen und schützen, in der es ihm möglich ist, für sich selbst zu sorgen. Hier wirkt der Staat auf die Einzelnen, als solche. Nun muß aber noch ferner der Staat dies Streben des Einzelnen zu seiner Wohlfahrt befördern, dadurch, daß er sich gegen andere Staaten als eine selbstständige Person constituirt, daß er Sicherheits- und Wohlfahrtsanstalten errichtet; hierin kann sich aber

der Staat auf die Einzelnen nicht einlassen, seine Sorge geht für das Ganze, als eine moralische Person.

Auch zugegeben, daß damit die Wirksamkeit des Staates begrenzt sei, kann ich mich doch von einem Unterschiede in der Wirkungsart des Staates (in der Regierung des Volkes, und Führung des Staates) nicht überzeugen. Es ist klar, und Majer gesteht es selbst, daß an keine Wohlfahrt des Staates zu denken sei, wenn nicht die Einzelnen glücklich sind. Eben so wenig läßt sich Sicherheit der Gesamtheit denken, als durch den Begriff der Sicherheit Aller. Das sogenannte Staatsvermögen (zum Unterschiede des Nationalvermögens) besteht doch nur aus Beiträgen der Einzelnen, und darf nur zu ihrem Besten verwendet werden. Kurz! überall sind die Einzelnen untrennbar mit der Gesamtheit verbunden. Wenn also doch ein Unterschied in der Art, wie der Staat wirkt, angetroffen werden soll: so könnte es nur darin bestehen, daß in der Regierung des Volks der Staat auf die Einzelne, als solche, in der Führung des Staates

aber auf die Einzelne, als integrirende Theile des Ganzen, wirkte.

Da der Staat selbst nach Majer eine moralische Person ist, und deswegen die Glieder als integrirende Theile umschließt, so scheint es einerseits unmöglich, die Einzelnen noch als Einzelne betrachten zu können, weil wenigstens da, wo der Einzelne als solcher erschiene, kein Staat vorhanden wäre. Dies würde nach Majer bei dem Rechte der Fall seyn, dessen Wirklichkeit doch wohl nur von Vereinigung der Menschen, nicht von ihrer Isolirtheit zu erwarten ist. Andererseits läßt sich nicht denken, wie auf einen Einzelnen von einer Gesamtheit, wozu er selbst gehört, als solchen, gewirkt werden könne, ohne durch dies Einwirken selbst seine Einzelinheit aufzuheben. Ueberall also muß auf den Einzelnen, als integrirenden Theil des Ganzen, gewirkt werden, und Majers Eintheilung in Regierung des Volks und Führung des Staats ist nicht gegründet.

Will man diese Eintheilung aus dem Grunde aufrecht erhalten, weil in Rechtsfachen (und von dieser Seite behauptet Majer ein

Wirken des Staats auf die Einzelnen als solchen) jeder sich auf seine Individualität, unabhängig von seinem Einflusse auf das Ganze, berufe; während man in Nichtrechtsfachen sein Gefuch von den nützlichen Wirkungen auf die Uebrigen ableitet: so darf nicht übersehen werden, daß jene Individualität -- in Bezug auf das Ganze des Staats -- nur scheinbar ist. Die Individualität, das Recht des Einzelnen, ist aus dem Ganzen hervorgegangen, und muß sich an dasselbe als integrierender Theil wieder anknüpfen. Sie kann und muß als Individualität sich zeigen, aber das Ganze hat sich bei der Erzeugung desselben seines Zusammenhanges mit allem Uebrigen schon versichert. -- Rechte sind durch das Gesetz ausgesprochene Verhältnisse eines Einzelnen zu allen Uebrigen. Der Berechtigte ist als solcher nichts als integrierender Theil der Totalität der Berechtigten. Ist einmal das Rechtsverhältniß Aller zu Allen hergestellt: so kann sich jeder Einzelne wohl auf sein Recht gründen, aber dies Recht ist doch an und für sich nichts individuelles, nichts, was einem Menschen, der von allen übrigen seines gleichen getrennt wäre,

zukäme; sondern nur Etwas, was Einem im
 Verhältnisse zu andern zusteht. In einer Rechts-
 sache behauptet man, daß sich nach unserer
 Individualität alle Uebrigen richten müßten.
 Der Richter wird, unter den gehörigen Vor-
 aussetzungen, diesem Gesuche auch statt ge-
 ben, weil der Staat diese Individualität für
 passend ins Ganze, also für einen integriren-
 den Theil gesetzt hat. Der Unterschied zwi-
 schen der Handhabung des Rechts im Staate
 und den übrigen Staatsfunktionen ist nur,
 daß bei dem Rechte aus der Individualität die
 Gesamtheit erkannt wird, weil diese Indivi-
 dualität schon integrierender Theil in eben
 dieser ihrer Gestalt ist, und daß bei andern
 Funktionen die Gesamtheit der Erkenntniß-
 Grund der Individualität wird, um die gebe-
 tene Individualität zum integrierenden Theile
 des Ganzen zu machen. Kommt es auf das
 Recht der Einzelnen an, so zieht, wenn die-
 ses Recht einmal unter den gesetzlichen
 Bedingungen vorhanden ist, der Staat weiter
 nichts zu Rathe als dies Recht, weil er dies
 Recht für gerecht -- passend ins Ganze er-
 kannt hat. Aber kommt es, um das schwie-

rigste Beispiel zu nehmen, darauf an, die Persönlichkeit des Staats gegen auswärtige Staaten zu erhalten, so wird es auf jene Individualität nicht ankommen, es wird auf das Ganze gesehen werden müssen, um zu bestimmen, ob dieser Theil erhalten werden müsse.

4) Majer hatte wenigstens bei der Führung des Staats zeigen müssen, welches die Maxime sei, nach welcher die Regierung auf die Einzelnen als integrirenden Theile des Ganzen zu wirken habe. Bei Erörterung des Wohlfahrtsfaches erklärt er sich dahin, daß zu trachten sei, daß die größte Gesamtsumme von Wohlfahrt durch Leitung der Individuen herauskomme. Es ist nun zwar allerdings richtig, daß das Wohl des Staats um desto größer sei, je mehr die ihn constituirenden Individuen glücklich sind. Allein es fragt sich, ob die Einzelnen mit ihrem individuellen Glücke gezählt werden dürfen, und wenn dies geschehen darf, ob Zählung *allein* hinreichend sei? Ich will hier nicht mehr anführen, als daß, wenn man den Staat in die intellektuelle Einheit aller Individuen setzt, und, wenigstens

nigstens bei der Führung des Staats, den Einzelnen als integrierenden Theil des Ganzen betrachtet, man auch, bei Aufstellung der Maxime der Regierung, es einzig zu ihrer Pflicht machen kann, individuelles Wohlfeyn insoferne zu befördern, als dasselbe mit dem Ganzen übereinstimmt; das Wohl des Ganzen aber in das einer intellektuellen Einheit zu setzen.

§. 12.

IV. Neueste Zeiten. Krause,
Wagner, u. a. m.

Unsere Vorfahren haben alles getrennt, was sie in der Erfahrung getrennt fanden, und wo sie es nicht fanden, da nahmen sie die Abstraktion zu Hülfe. Sie haben in gewisser Hinsicht daran Recht gethan; denn der Anfang menschlichen Forschens ist immer Auffuchung des Einzelnen; erst wenn sich eine gehörige Masse von besondern Kenntnissen gehäuft hat, ist an ihre Verarbeitung zu denken. Der Geist unsers Zeitalters geht dahin, alls Gefonderte wieder mit einander zu verbinden, und nicht nur zu verbinden, sondern innigst und lebendig zu ver-

einigen. Man glaube ja nicht, daß die bezweckte Einheit eine Formel sei, welche etwa dazu erfunden ist, dem Gedächtnisse bei Rück-
 erinnerung an die einzelnen Theile zu Hülfe zu kommen. Nein, sie ist dasjenige, in welchem das Einzelne erst in seiner Wahrheit entdeckt, aus welchem das Einzelne erst begründet, und in seinem Verhältniß zu allem übrigen Einzelnen angeschaut wird. Erst durch die Einheit gewinnt die Einzelnheit Haltbarkeit und Leben. Man glaube auch nicht, daß mit dieser Vereinigung für die Menschheit nichts gewonnen; sondern daß bloß ein spekulatives Bedürfniß befriedigt sei. Es war, da man durch Abstraktion sonderte, oder das Empirischgetrennte isolirt auffasste, nicht zu vermeiden, daß die Gränzlinien zwischen den Einzelnheiten oft unrichtig abgesteckt, ja daß diese Besonderheiten selbst, weil man ihren Zusammenhang zum Ganzen nicht kannte, unrichtig aufgefaßt wurden. Wenn aber alle Individualität in der Einheit erblickt, und aus ihr begründet wird, so ist man des Ebenmaßes der Individualitäten unter sich, und ihres wahren Wesens versichert; und es kann

nicht fehlen, daß diese Art zu spekuliren große Reformen auch im Besondern nach sich ziehe.

Noch ist, was die Wissenschaft des Staates betrifft, der Staat in seiner lebendigen Einheit nicht vollendet aufgestellt worden. Aber die Tendenz der Grundlage des Naturrechts v. Krause, 1. Abthl., und der Schrift: Ueber die Trennung der legislativen und exekutiven Gewalt von Dr. Wagner, u. a. m. geht doch offenbar dahin.

Gegenwärtige kleine Schrift verdankt ihre Existenz der Einrichtung der hiesigen Universität, nach welcher die Bewerber um die unentgeltliche Ertheilung der Lizentiatenwürde durch eine Abhandlung Proben ihres Fleißes und ihrer Kenntnisse abzulegen haben. Ueberzeugt, daß von einem jungen Manne nicht mehr gefordert werden kann, als daß er das Verhältniß der Wissenschaften untereinander einsehen lerne, um in den folgenden Jahren sich in den Theilen vervollkommen zu können: glaubte ich keinen bessern Gegenstand zur Prüfung, als eben diesen finden zu können. Ich übergebe das Werklein um

desto getrofter der Presse, als jeder Billigdenkende
dasselbe nur als einen Prüfungsgegenstand beurtheilen
wird.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

ERSTER ABSCHNITT.

*Begründung des Staats. Seine Idee, sein
Endzweck.*

§. I.

Das Universum ist sich seiner selbst
bewußt.

Wir finden in der Erfahrung Geist und
Materie in Wechselwirkung. Die physische
Welt erweckt durch ihre Schönheit die -- des
Geistes; der Geist, zur Schönheit aufgerufen,
vergrößert die Schönheit der physischen Welt.
Der Geist hängt von der Materie ab; diese
von jenem. Dies ist einzig dadurch möglich,
daß Geist und Materie nicht wesentlich ver-
schieden sind, daß zwischen den Geschöpfen,
die wir geistig, oder materiell nennen, nur
eine Stufenleiter statt findet, daß nur Hervor-
dringen des Geistes vor der Materie, oder der
Materie vor dem Geiste es ist, was geistige und
materielle Wesen unterscheidet.

Da aber in Wahrheit Geist und Materie, Denken und Seyn sich nicht entgegengesetzt, sondern identisch sind; so muß das Weltganze als ein Geschlossenes aufgefaßt, und von ihm gesagt werden, daß es sich selbst anschaut. Es schaut sich aber an durch die geistigen Wesen. Da diese nicht bloß geistig sind, und mit allem Materiellen in Berührung stehen, so kann die Geistesphilosophie von Naturphilosophie, und diese von jener nicht getrennt werden. Vielmehr muß ihr Unterschied, wie der -- ihrer Gegenstände nur graduell seyn.

§. 2.

Das Universum ist organisch.

Durch und durch unter dem scheinbaren Gegensatze von Geist und Materie, und unter beständiger Wechselwirkung derselben tritt die Natur organisch hervor. Sie bildet Sonnen; keine ist isolirt und unabhängig. Reißet eine heraus, und ihr habt damit das ganze Weltall vernichtet. Sie ergänzen sich, und in ihrer Totalität allein ist Vollendung. -- Jede Sonne, organischer Theil des All, und selbst organisch in sich, wird zugleich Centralpunkt ei-

nes Organismus, des Planetensystems. Kein Planet ist für sich selbstständig; losgerissen aus seinem Verbande mit allen übrigen, wäre er nichts. Er ist durch alle, und alle sind durch ihn. -- Der Planet macht sich wieder zum Centrum eines neuen Organismus - des Trabantenystems. -- Er selbst aber ist in sich wieder organisch. Kurz! das Ganze ist eine Stufenleiter von Organismen. Alles, auch das kleinste, ist organisch, und Theil eines größeren Organismus.

Wozu nun dies schönste, erhabenste Gebäude? Wozu die unendliche Kraft, Schönheit und Majestät? Doch wohl nicht der Materie als solcher wegen? Gewiß nicht! Wenn es wahr ist, wie nicht geläugnet werden kann, daß Geist und Materie nicht nur in beständiger Wechselwirkung, sondern daß sie einander nur dem Grade nach verschieden seyen; so muß angenommen werden, daß dies Gebäude nur durch und für den Geist ist, daß es nur das Symbol der Vereinigung der Geister, das Sichtbare am Organismus der Geisterwelt ist. Seyd die Seele des Klumpen, sprach die Natur, als sie die Geschlechter erschuf, welche

die Sonnen bewohnen. Das Physische und sein Passen in Alles sey die Hülle der Schönheit des Geistes. Jede individuelle Sonne habe ich zum Abdruck der Individualität des sie belebenden Geistes gesetzt. In der harmonischen Bildung des Geistes aller Sonnen will ich verklärt seyn. Eben so sprach sie, als die Planeten sich aus den Sonnen entwickelten, und ihr belebender Hauch sich über dieselben ergoß. Die denkenden Wesen im Merkur, der sich so schnell um seine Axe, und um die Sonne dreht, und sechsmal stärker beleuchtet wird, als unsere Erde, konnten nicht den ruhigen Blick und die ausharrende Geduld der Bewohner des alten Saturnus, und diese nicht das genialische Feuer der ersteren haben. Wie der Planet, so seine Bewohner, und wenn die Planeten ein schönes, geschlossenes Ganze bilden, so müssen es auch ihre Bewohner. Durch die Adäquation des Geistes an das Materielle, und durch die Harmonie des Geistigen in allen Planeten, wird selbst erst das Planetensystem. Zwar stehn die Geister der verschiedenen Planeten in keinem sichtbaren Commercio, aber ihre Verwandtschaft spricht sich durch die

allumfassende Liebe zum Universum in jeder menschlichen Brust aus, welche der Keim der Sittlichkeit und der Sehnsucht der Menschen nach Unsterblichkeit ist.

§. 3.

Das Menschengeschlecht auf unserm Planeten ist, wie das in jedem andern, ein organisches Ganze.

Jeder Planet ist selbst in sich wieder organisch, ein ewiges Werden, eine Werkstätte beständiger Organisation und Desorganisation. Er ist, für sich betrachtet, sich selbst genügend. Nichts, auch das Kleinste nicht, kann herausgenommen werden, ohne ihn zu zerstören. Alles ist sich in ihm Mittel und Zweck. -- Er hat die organisirende Kraft nicht in allen seinen Punkten, dem Raume nach, gleich vertheilt. Eingeschrumpft an den Polen, wirkt sie mit schwelgendem Ueberflusse in seiner Mitte, und verbindet in den mitten inne liegenden Theilen Armuth und Ueberfluß zur schöneren Harmonie. Lokalumstände, Gebürge, Seen, Flüsse cet. machen Modifikationen. -- Und wie steht es mit dem Menschen, dem in-

tegrirenden Theile? Er, selbst Theil des Physischen, ist gerade, wie dieses selbst. Wie die Erde, die ihn erzeugt und nährt, so ist der Grönländer an Leib und Seele armelig. Der reichste Ueberfluß unterdrückt sich in der heißen Zone selbst. Im Mittel zwischen beyden, im seligen Mittelstande, ist, wie das Land, der Leib und der Geist des Menschen schöner. Und was soll man von den tausend Modifikationen in jedem Himmelsstriche sagen? Uebersezt ein Gebürg, einen Fluß, und es ändert sich das Land, und mit ihm die Körperbildung, die Sprache, der Charakter der Menschen. Kurz, der menschliche Bewohner jeder Gegend ist Repräsentant derselben. Der Mensch also und zwar in seiner individuellen Bildung durch das Physische und in ihm läßt sich von diesem gar nicht trennen; die Natur setzt sich erst durch Hervorbringung des Menschen die Krone auf, oder besser, sie macht sich erst selbst zu etwas; denn sie muß ja, um zu seyn, sich ihrer selbst bewußt werden. Dies soll der Ausdruck, der Mensch ist ein sinnlich vernünftiges Wesen, sagen; worunter man aber freylich nicht verstehen darf, wie bisher immer geschah, daß der

Mensch Ohren und Augen, oder etwa noch, unregelmäßige Neigungen habe. Nein! dieser Ausdruck bedeutet, daß der Mensch, der Erdensohn, von seiner Mutter, der Erde, nicht abgefondert aufgefaßt werden dürfe. Ja, der Begriff des Menschengeschlechts ist eine Leerheit, wenn man denselben nicht durch das Auffassen der verschiedenen Menschenklassen unter ihren physischen Verhältnissen lebendig macht. Umgekehrt darf man auch das Physische nicht als menschenleer vorstellen; denn auch der Mensch ist sein integrirendes Glied, und das Physische ist nur das, was es ist, weil es Menschen dazu gemacht haben.

Jede Art von Produktion an einem gewissen Theile der Erde, und ihre besondere Eigenheit ist bedingt auf die eigenthümliche Produktionsart in jedem andern Theile des Raums. Wie könnten heiße Zone und Mohren seyn, wenn es keine Pole, und keine Grönländer gäbe? Man müßte begehren, daß unsere Erde eine Fläche wäre, und damit hätte man das Unmögliche gefodert. -- Kein Erdetheil, und ebendeshwegen keine Menschenart vereinigt alle Vollkommenheiten in sich, nur wenn

man seinen Blick auf die Totalität heftet; erblickt man Vollkommenheit. Verbinde spanischen Scharfblick, brittischen Ernst, teutschen Tieffinn, und französische Leichtigkeit, und du hast da schon ein Ideal von Menschheit. Aber so wenig jeder Erdstrich alle Naturschönheiten in sich vereinigt, so wenig konnte der Mensch Alles seyn. Aber die Menschheit ist Alles in Allen. Das Menschengeschlecht hat alle Vollkommenheiten, aber nur in seinen Theilen. -- Zwar können an allen Theilen des trocknen Landes Menschen wohnen; allein ist das auch immer ein glückliches Leben? Sie müssen fremde Gewächse auf ihren Boden verpflanzen, düstere Wildnisse in Gärten umschaffen, ein fremdes Klima der Natur abtrozen, sich den Genuß von Produkten fremder Welttheile verschaffen, wenn sie menschenwürdig leben wollen. Das Menschengeschlecht verbindet also das Physische und damit sich selbst zur Einheit, damit jede Menschenart das seyn kann, was sie auf dem von ihr bewohnten Raume der Erde ist. Kurz! das Menschengeschlecht ist ein organisches Gan-

ze, nicht für sich isolirt, sondern selbst der Vereinigungspunkt des Physischen.

§. 4.

Dieser Organismus hat seinen Grund in den Gesetzen der Natur.

Man könnte glauben, ich wollte den Organismus des Menschengeschlechts von der Dürftigkeit (*indigentia*) der Einzelnen, und daher aus ihrer eigenen Entschliessung ableiten. Allein es sind zwei ganz verschiedene Dinge, den Grund einer Funktion der Natur anzugeben, und die Art und Weise zu beschreiben, wie die Natur wirklich ihren Zweck erreicht. Allerdings ist Bedürfnis das Mittel, womit die Natur Menschen an Menschen kettet; aber eben deswegen, weil kein Mensch ohne des andern seyn kann, muß der Grund ihres Vereins in etwas anderm ruhen. Diesen Organismus durch Menschenhände entstehen lassen, heißt: Menschen, die nur durch alle anderen Menschen -- im Organismus -- seyn können, in diesen Organismus setzen wollen, in dem sie schon sind. Die Dürftigkeit wird ferner wohl der Grund seyn, warum sich diese innige Vereinigung immer weiter ausbreitet,

und immer reiner darstellt: allein, der Grund der Vervollkommnung ist kein Grund der Entstehung.

Der Grund dieses Organismus darf, da der Mensch von der Natur nicht getrennt werden kann, einzig in den Gesetzen der Natur aufgesucht werden. Sollte denn sie, die überall organisch verfährt, bei dem Menschen, der ihr Produkt ist, und sie zur Totalität ergänzt, sollte sie da eine Ausnahme gemacht, und es seiner Willkühr überlassen haben, sich in den Organismus zu fügen? Und wie hätte sie das gekonnt? In den verschiedenen Räumen des Erdbodens mußte die größte Verschiedenheit herrschen. Nur durch Consequenz, nur dadurch, daß diese Theile in organische Verbindung kamen, konnte die Natur Natur seyn. Dazu bedurfte sie nur einer Einheit der Menschheit, welche ebendesswegen Einheit des Physischen ist.

§. 5.

Er muß aus organischen Theilen bestehen.

Wegen der höchst verschiedenen Organisationen des menschlichen Geschlechts in ver-

ſchiedenen Theilen des Erdbodens können die Individuen nicht unmittelbar im organiſchen Vereine mit allen andern Individuen ſtehen. Die Einzelnen eines gewiſſen Theils der Erde müſſen ſich erſt unter ſich organiſch verbinden, und den ihnen eigenthümlichen Charakter, den ihnen die Natur vorchreibt, in ihrer Geſamtheit darſtellen, und erſt dieſer Verein, dieſer eigene Charakter kann als integrirendes Glied in den groſſen Organismus des Menſchengeschlechts eingeführt werden. Es hat dieſe Trennung nicht nur darin ihren Grund, daß die Bewohner verſchiedener Erdgegenden nie auf gleicher Stufe der Kultur ſtehen werden, ſondern vielmehr darin, wenn auch dies geſchähe, der Charakter der Kultur doch ſehr abſtechend ſeyn würde, bei dieſer Verſchiedenheit aber an eine ſo innige Vereinigung nicht zu denken iſt.

Wollen wir die organiſchen Theile des Ganzen Staaten nennen, ſo kann jener allgemeine Organismus **Staaten-einheit** heißen.

§. 6.

Wie können aber diese neuen selbstständigen Organismen unter sich ihren organischen Zusammenhang beibehalten?

Nun sollen diese Organismen unter sich construirt, (es soll das Problem des ewigen Friedens gelöst) werden. Zum voraus muß ich bemerken, daß, wenn von Herstellung des friedlichen Zustandes unter Völkern die Rede ist, keineswegs gänzliche Ruhe und schlafsüchtige Unthätigkeit erwartet werden dürfe. Dadurch würde man die Natur selbst aufheben; alles, was ist, sei es das größte oder das kleinste, ist nur durch Widerstreit der Naturkräfte. Die Natur schafft im Zerstören, und zerstört im Schaffen. Nirgends ist Ruhe, nirgends Stillstand. Die Nationalcharaktere müssen in beständiger Reibung begriffen seyn, um sich einander die rauhen Ecken abzuschleifen, und immerhin schöner hervorzugehen.

Den Zustand des Friedens wollte man bisher entweder durch einen Universalstaat; oder durch ein Völkergericht herstellen. Allein,
wir

wir sahen (§. 5.), daß das Menschengeschlecht sich nothwendig in organische Theile auflöse, und daß deswegen ein Universalstaat unmöglich sei. Eben so unzureichend wäre es, wenn Völker unter sich den Vertrag schliessen sollten, ihre Streitigkeiten durch ein Völkergericht beylegen zu lassen. Gesezt auch, ein solcher Vertrag käme zu Stande, so würde er doch nur so lange gehalten werden, als es die Umstände nicht nützlicher machen, ihn zu brechen. Die Sprüche des Völkergerichts würden, dies ist unstreitig, mit aller Strenge -- gegen die Schwachen exequirt. Würde ein muthiger einen schwachen Staat unterdrücken wollen, so würden die übrigen mächtigen, statt sich die Hälfte zu brechen, sich in das Erbe des schwachen, an dessen Existenz ihnen nichts gelegen seyn kann, theilen. -- Es scheinen auch beyde Auflösungen schon deswegen verwerflich, weil in beyden verlangt wird, daß die Völker miteinander in gänzliche Ruhe kommen sollten.

Eine schönere Tendenz hat die kleine aber unsterbliche Schrift Kants: „zum ewigen Frieden.“ Er läßt die Staaten nicht in Ruhe -- im

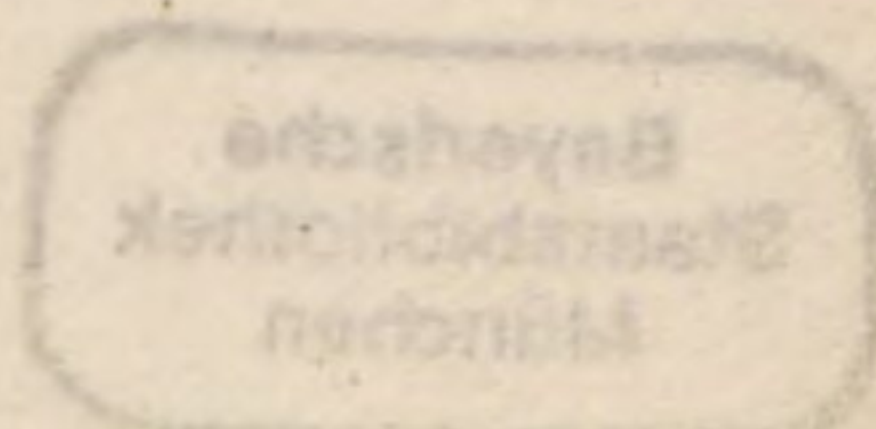
wahren Sinne des Wortes -- versinken. -- „Furor impius intus fremit horridus ore cruento.“

Er erwartet die Garantie des Friedensbundes nicht von einem Völkergericht, sondern von der Natur selbst; die Menschen müssen wider ihren Willen den Frieden halten; u. s. w. Indes kann ich doch mit Kant nicht darin übereinstimmen:

1) Dafs ein Friedensbund verabredet werden müsse; denn wozu eine Verabredung, wenn diese sich nicht selbst garantirt?

2) Kant selbst hätte keine Verabredung zu Hülfe zu nehmen gebraucht; weil, wenn der Handelsgeist die Menschen Ruhe zu halten zwingt, ein Vertrag darüber überflüssig wäre.

3) Endlich kann ich mich auch davon nicht überzeugen, dafs die Natur sich blos des Widerstreits menschlicher Neigungen, und namentlich des Handelsgeistes bediene, um diesen Friedensbund handzuhaben. Die Geschichte unserer Tage spricht zu laut das Gegentheil aus, dafs nemlich gerade der Handelsgeist der Geist des Unfriedens und des Kriegs ist.



Wenn ich nun gleich nicht ganz Kant bestimmen kann, so ist es doch mein sehnlichster Wunsch, seinem Genius zu folgen, und ich gebe das Meinige blos für ein Fortbauen auf dem Grunde an, den Kant gelegt hat.

Unsere Frage ist also, wie kann das ganze Menschengeschlecht organisch seyn, und doch aus organischen Theilen bestehen? Sie löset sich in die zwey auf: I) Wie ist, des organischen Zusammenhanges der Theile ungeachtet, doch die Geschlossenheit der Organismen herzustellen, und II) wie ist es dieser Geschlossenheit und Unabhängigkeit ungeachtet möglich, daß sie nur einen Organismus bilden?

I) Wir haben also zuerst die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Staaten nachzuweisen. Sie würden gewiß von einander am unabhängigsten, also vor einander die sichersten seyn, wenn, was bey jedem Organismus unerläßliche Forderung ist, kein Glied herausgenommen werden könnte, ohne das Ganze zu stören. Denn dann würden sich alle wohl hüten, einen Einzelnen verdrängen zu wollen, da das Uebel über ihr Haupt da-

durch selbst kommen würde. Dies, glaube ich, kann einzig dadurch hergestellt werden,

a) Dafs jeder unserer Staaten mit natürlichen Gränzen gesetzt wird. Denn haben die Staaten natürliche Gränzen, so wird sich jeder Staat scheuen, einen andern anzugreifen, weil er nur mit eigenem größtem Schaden diese Gränze überspringen könnte. Es werden die natürlichen Gränzen nicht nur durch Gebürge, Meere, Ströme, cet. sondern auch durch die Sprache bestimmt. Aber gewöhnlich hat die Natur alle diese vereinigt. Wollten nur die Menschen dieser folgen, so wären die natürlichen Gränzen meistens leicht gefunden. Weislich hat sie in jedem Raume, den natürliche Gränzen unterscheiden, in die Bewohner einen Gemeingeist gelegt, der jedes Individuum an die Gesamtheit mit inniger Liebe knüpft (Vaterlandsliebe), und der sie alle Vollkommenheiten nur bey ihnen selbst finden läßt (Nationalstolz). So wenig man ein Stück eines fremden Staates, das über den natürlichen Gränzen liegt, hinter dieselben bringen kann; eben so wenig lassen sich die Bewohner desselben, die nothwendig von dem Gemein-

geiste ihres Mutterlandes beseelt sind, in den Charakter des erobernden Staates verschmelzen.

So schädlich es aber für einen Staat seyn würde, die natürlichen Gränzen zu überspringen, so könnte doch die Unklugheit eines Staats sich selbst dieses Unglück zuziehen; wir müssen also ein Mittel auffuchen, wie dieses selbst unmöglich gemacht wird. Dies besteht darin:

b) Dafs alle Staaten einander gleich seyen. Denn wären alle Staaten gleichmächtig; so wäre es allgemeines Interesse der Staaten, dies Gleichgewicht nicht mehr stören zu lassen. An der Vergrößerung eines hienge ihr allgemeines Unglück. Ein Staat, der einen andern angreifen wollte, zöge sich den Angriff Aller zu. Auch mehrere Staaten könnten sich nicht in einen dritten theilen, weil dies alle nicht könnten angehen lassen.

Fassen wir nun beydes, natürliche Gränzen und Gleichheit der Macht miteinander auf, so muß das Resultat seyn, dafs es unmöglich sey, sowohl durch Geseze der Natur, als wegen des Interesse der Staaten, einen Staat zu

beschränken oder zu vertilgen, ohne das Ganze zu stören oder aufzuheben.

Man könnte uns hier den Einwurf machen, daß diese Idee der Unabhängigkeit der Staaten untereinander, und folglich ihrer Ruhe, eine leere Spekulation sei, daß sie nie realisiert werden könne, und deswegen nichts taue. Wir haben uns zwar dagegen schon durch die Bemerkung, daß an keine gänzliche Unthätigkeit zu denken sei, verwahrt; es soll dies aber der nähern Erklärung der Sache wegen weiter verfolgt werden.

Es muß Widerstreit unter den verschiedenen Staaten, wie unter allen Naturkräften geben; erst dadurch wird die Individualität jedes Staats. Und doch ist die Idee der Ruhe der Staaten eine unerläßliche Forderung der Natur an sich selbst. Sie hat beides treulich erfüllt. In ihrer regellosen Harmonie hat sie jene Idee sich zum Ziele gesetzt. Es ist der Gang der Natur, unter (scheinbarem) Streite jene Idee (in der Unendlichkeit) herbeizuführen. Es scheint mir zu interessant, als daß ich verschweigen könnte, wie die Natur wirklich von jeher auf diesem Wege begriffen

war. -- Wir wollen nur das Merkwürdigste, und das uns zunächst Gelegene, ausheben.

Ueberall zeigt sich das Streben der Natur, den Staaten natürliche Gränzen zu verschaffen. Was war die Ursache des Untergangs des großen altperfischen, und altrömischen Reiches. Nicht perfischer, oder römischer Luxus; sondern die Unnatürlichkeit der Gränzen von beiden. -- Eben so giengen Provinzen, welche mit dem Hauptlande in keiner natürlichen Verbindung standen, über kurz oder lang, aber doch gewiß, verloren, und nie hörten die Kriege zwischen Staaten, deren Gränzen unnatürlich waren, eher auf, bis dieselben natürlich wurden. Wie viel Geld und Blut kostete den Teutschen die Ueberzeugung, daß jenseits der Alpen ein eigener Staat seyn müsse? -- Freilich führt die Natur ihre Plane nicht in gerader Linie aus. Die Menschen (*durum genus -- nititur in vitium nefas!*) wollen immer wieder das, was geradezu nicht seyn soll. Aber die Natur läßt sie diese Fehlritte machen, um das Bessere, was sie erreichen will, desto mehr zu sichern. -- Spanien befaß die Niederlande, Oestreich die

Schweitz, -- und mußte sie verlieren. Es überkam Neapel, Sardinien cet. -- und bald hatte es selbe nicht mehr. Es bekam den nachher sogenannten burgundischen Kreis, und befaß Lothringen und Elfaß; aber wie lange kämpfte die Natur mit sich selbst, um diese Unregelmäßigkeit auf die Seite zu schaffen? u. s. w. -- Wenn die Kriege auch nicht immer der natürlichen Gränzen wegen angefangen wurden, so sind doch die meisten in der Absicht fortgesetzt und geendigt worden. Man denke an den englisch - amerikanischen Krieg, der die Entstehung der vereinigten nordamerikanischen Staaten zur Folge hatte, -- an den letzten französisch - österreichischen, der sich mit Herstellung natürlicher Gränzen zwischen Teutschland, Frankreich und Italien endigte, -- und an die früheren preussisch - österreichischen Kriege, durch welche Oestreich an die Riesengebürge einerseits, und andererseits beinahe bis an den östlichen Theil der karpatischen Alpen zurückgedrängt wurde; Preußen aber zwischen Oestreich und Polen sich in die Mitte eindrang: welches Eindringen viel-

leicht die Theilung mit veranlaßt haben mochte, u. s. f.

Eben so könnten aus dem Gange (besonders der europäischen) Staatsangelegenheiten die unverkennbarsten Spuren des Naturgesetzes nachgewiesen werden, daß nämlich die Staaten gleichmächtig werden sollten. Allein zum Theil ist dies in das Vorige zu sehr verwickelt, theils seine Wahrheit so allgemein anerkannt, als daß wir besondere Fakta hierüber nachzuweisen nöthig hätten. Nur kann ich nicht unterlassen, zu bemerken, daß es falsch sei, von einem vorhandenen Gleichgewichte der europäischen Staaten, welches nur erhalten werden soll, zu sprechen. Es herrscht allenthalben kein Gleichgewicht, vielmehr gehen alle Staatsoperationen dahin, ein Gleichgewicht herzustellen.

Unverkennbar ist es also der Gang der Natur, die Idee der Unabhängigkeit der Staaten herbeizuführen, aber sie kann es nur, wenn überhaupt Staaten ihre Individualität haben sollten, durch scheinbaren Kampf der Kräfte unter sich. Die Erreichung jener Idee kann also nur ein beständiges Annähern

an dieselbe, unter beständiger Spannung der Individualitäten, seyn. Aber, Menschen, klaget nicht, daß die Natur einen Zweck setze, den sie zu keiner bestimmten Zeit erreicht, klaget nicht, daß sie in Erreichung ihres Zweckes der Einzelnen nicht schone, und Wehe und Elend über sie verbreite! Fordert von der Natur nicht mehr, als was sie leisten kann! Verlangt von ihr nicht, daß sie gerade in der Organisirung der Menschen inconsequent werde, daß sie nicht hier, wie überall, Zerstörung zum Principe des Schaffens mache. Bedenkt, daß eure Klage so ungegründet ist, als jene der Thiere wäre, von euch nach Willkühr getödtet und verzehrt zu werden! Ueberschaut das Ganze, und seht, daß das Unglück des einzelnen Dinges, auf das Ganze bezogen, hohes Glück sei! -- --

Wir haben jetzt die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten nachgewiesen, und nun fragt es sich,

II) Ob, dieser Unabhängigkeit ungeachtet, die Staaten organische Theile des Menschengeschlechts, der Staateneinheit seyn können? ob sie wechselweise sich Mittel und Zweck seien? Auch dies bewerkstelligte die Natur

a) dadurch, daß sie immer dem einen Lande verlagte, was sie einem andern gab, und was doch Bedingung schönerer Existenz des Menschen überhaupt ist. Das Bedürfniß ist es, was die Menschen eines Welttheils an die Bewohner eines andern knüpft, und die einen für die andern geschäftig macht.

b) Wie die Natur nicht alle ihre Gaben an einem Orte auspenden konnte, eben so wenig konnte sie den Menschen an einem Orte alle die Vollkommenheiten zusammen geben, mit denen ihr Geschlecht ausgerüstet ist. Einem verlagte sie auch hier, was sie einem andern gegeben hatte. Und dadurch entsteht das Bedürfniß des Geistes. Eine Nation ist die Lehrerin der andern. -- Haben nicht die Teutschen im Witze die Franzosen, in der Anmuth die Italiener zu Führern gehabt; wird die teutsche Nation nicht Lehrerin der Philosophie für fremde Völker?

So producirt also eine Nation durch die andere; so verschönert sich der Genius ei-

nes Volkes durch die Schönheit eines andern; alles ist lebendig verbunden, ein schönes Ganze. Wende deinen Blick von der Dürftigkeit der Individualität, erblicke in ihr nicht Unvollkommenheit; sie ist nur scheinbar. Umfasse das Ganze, und du siehst in ihm nur Vollkommenheit. Die Natur mußte trennen, um überhaupt etwas zu seyn; aber die Unbehüllichkeit der Einzelnen war das einzige Mittel, sie wieder zu verbinden, und die Idee der Menschheit schön darzustellen.

§. 7.

Idee des Staats.

Da wir nun den einzelnen Staat im Universum aufgefaßt, und dadurch sein Verhältniß zu allem außer ihm gefunden haben, so wird es uns möglich, seine Individualität herauszuheben, weil wir uns seines Einpassens ins Ganze versichert haben; es wird uns möglich, das wahre Wesen des Staates zu erkennen. Seine Individualität wird keine absolute seyn können, sie wird durch sein Verhältniß zum Ganzen bestimmt werden müssen. Es dürfen also, wie überall, auch die Menschen in einem Staate nicht von ihrem Lande, Klima cet. ge-

trennt werden; denn sonst wäre ja das Universum kein Ganzes mehr. Der einzelne Staat darf auch nicht, getrennt von den übrigen Staaten, aufgestellt, es darf nie vergessen werden, daß er organischer Theil der Staateneinheit sei.

Alles, alles ist in der Natur organisch, organisch in sich, organischer Theil eines höheren Organismus. Organisch ist das System der Sonnen, organisch das Planetensystem, organisch das Menschengeschlecht. Wahrlich! soll kein Sprung in der Natur, soll sie mit sich in Harmonie seyn, so kann es nicht fehlen, daß auch der Staat organisch sei.

Wir haben also den Staat als einen Organismus von Menschen, und als organischen Theil des Menschengeschlechts, des Universums, aufzustellen.

Es fallen hier, was ich gleich anfangs erinnern will, alle die Fragen weg: Wie die Staaten entstanden seyn mögen? Welche Menschen, und wie viele in dem Staate seyn müßten? Organischer Verein ist der Menschen einzig möglicher Zustand. Wer um seine Entstehung fragt, fragt um die Entstehung des

Menschen. Es ist nicht willkürlich, welche und wie viele Menschen in einem Staate seyn müssen. Engländer sind in England, Teutsche in Teutschland, u. s. w. Wenn man fragt, wie viele und welche Menschen mit einander in Verein treten müssen, so kommt es mir gerade vor, als wenn die Bäume eines Waldes, oder die Fische eines Teiches von sich diese Fragen aufwerfen wollten. Müßte die Natur auf den guten Willen, oder die Einsicht der Menschen warten, so wäre immer längst alles verloren, bis die Menschen daran dächten, die Sache besser zu machen.

Man wird auch, wenn der Staat organisch ist, nicht mehr fragen, für welches bestimmte menschliche Bedürfnis ist der Staat von der Natur errichtet worden? man wird nicht mehrere Vereine der Menschen zu verschiedenen Zwecken annehmen dürfen. Denn jeder solche Verein müßte, der Forderung der Vernunft zu Folge, organisch, also rücksichtlich des andern in sich gekehrt und geschlossen seyn, und dadurch würden sie sich selbst aufheben. Die Natur duldet nicht zwei verschiedene organische Vereinigungen eben derselben

Glieder. Die Glieder des menschlichen Leibes organisiren sich nicht besonders für jede besondere Funktion; es ist allenthalben nur ein Organismus, der aber wieder aus organischen Theilen besteht. Die Menschen sind also zur Befriedigung aller ihrer Bedürfnisse vereinigt.

Ferner wird man nimmer fragen können, in wie ferne der Einzelne in dem Staat sey? Man wird den Staat nicht in das gemeinsame Handeln der Menschen setzen, und daher den Staat für eine bloße Nachhilfe erklären können. Das einzelne Glied eines Organismus ist nur Glied dieses Organismus, und außer ihm gar nichts. Der menschliche Körper -- der organische Verein der Glieder -- ist nicht Nachhilfe der Glieder, ohne ihn sind die Glieder nichts. Die Thätigkeit des Einzelnen für sich ist nur eine scheinbar isolirte Thätigkeit. Er wirkt im Ganzen, und das Ganze wirkt in ihm. Ist eine Thätigkeit meiner Finger denkbar, als durch meinen ganzen Leib, und in ihm; schreibe denn nicht ich -- der ganze Mensch durch meine Finger und in ihnen? Eben so muß vom Staate gesprochen werden.

Der Staat producirt durch den Bauer, veredelt die Naturprodukte durch den Fabrikanten, treibt Handel durch den Kaufmann; ist gelehrt in seinen Gelehrten, vertheidigt sich durch seine Krieger, u. s. w. Und umgekehrt muß von diesen Einzelnen gesagt werden, daß sie das, was sie thun, nicht für sich und durch sich, sondern für und durch den Staat thun. -- Es ist allerdings wahr, daß die Einzelnen bald allein, bald in Gesamtheit wirken. Allein dies berechtigt nicht, sie in einiger (hier in der ersten) Hinsicht als isolirt vorzustellen. Freilich hat jeder Planet seine eigene Individualität. Aber ist er nicht durch und durch organisches Glied des Planetensystems? Man hat den Satz, daß der Staat dann gemeinschaftlich wirke, wenn der Zweck, welchen der Staat doch erreichen soll, durch die Einzelnen, als solche, nicht erreicht werden kann, und welcher allein das wahre Verhältniß des gemeinsamen und individuellen Wirkens ausdrückt, so einseitig aufgefaßt, daß man nur im gemeinsamen Handeln den Staat erblicken wollte, und aus diesem Mißgriffe schreibt

schreibt sich die Beschränktheit des Staats in dieser Hinsicht her. -- Es ist aber auch zwischen dem individuellen Wirken kein wesentlicher Unterschied; denn ob es gleich richtig ist, daß gemeinsam dann gewirkt werde, wenn die Einzelnen als solche den Zweck nicht erreichen würden; so ist es doch bisweilen der Grad der Kultur, der Zusammenfluß von Umständen, kurz, der Zufall, welcher bestimmt, ob zu einer gewissen Zeit gemeinsam oder einzeln gewirkt werden muß. So wurden z. B. unter Heinrich I. in Teutschland die Städte gemeinsam erbaut, oder bevestigt, und in-
 des das Land gemeinsam bearbeitet, was weder vorher noch nachher nothwendig war. Eben so war in den Zeiten, wo die Staaten sehr klein, und nur Einer außerordentlich reich, alle anderen aber arm waren, keine Feueraussekuration möglich, weil die Lezteren, um den Ersten entschädigen zu können, vertilgt worden wären. Es mußte in diesen Zeiten der Gutwilligkeit der Einzelnen überlassen werden, dem Verunglückten Beiträge zu machen.

Der Staat umfaßt also alle menschlichen Angelegenheiten; aber er umfaßt sie nicht blos, er vereinigt sie; eben so schließt er nicht nur den Menschen in aller seiner Wirksamkeit in sich, er verbindet auch alle Menschen zur Einheit.

Als Organismus muß sich der Staat auf alle menschlichen Bedürfnisse erstrecken; aber so wahr er organisch ist, darf er auch kein bloßer Inbegriff von Anstalten für alle einzelnen menschlichen Angelegenheiten seyn; er muß vielmehr alle diese einzelnen Angelegenheiten organisch verbinden. Mit Unterordnung ist es hierin nicht gethan. Denn mit Subordination läßt sich mühsam ein (formelles) Lehrgebäude errichten; die Natur aber sollte alles lebendig vereinigen. Die lebendige Vereinigung besteht aber darin, daß das Mannichfaltige (Einzelne) sich wechselseitig Zweck und Mittel sey, daß das Einzelne nicht erkannt werden kann, außer wie es alles andere bestimmt, und hinwiederum von allem andern bestimmt wird.

Auf dieselbe Weise darf der Staat nicht bloß den Menschen in aller Hinsicht umfassen,

er muß auch aus dem Aggregate von Menschen ein organisches Ganze bilden. Wir wollen sehen, wie das möglich sey. Das Princip alles Organismus ist Vertheilung der Kraftäusserung in verschiedene Subjekte, so daß dadurch eines des andern bedürftig wird, und dadurch alle zu einem Ganzen coalesciren. Wenn wir daher den Staat als einen Organismus setzen müssen, so müssen wir die Einzelne nicht als mit gleichen Gegenständen beschäftigt, und mit gleichen Eigenschaften begabt denken; sondern wir müssen für jede Art menschlichen Bedürfnisses eigene Leute aussuchen, und dazu gerade diejenigen wählen, welche von Natur dazu das beste Geschicke haben. Denn dadurch werden die Menschen, wie gerade von den Bedürfnissen der Menschheit gesagt worden ist, selbst, so individuell sie in physischer Hinsicht sind, von einander abhängig, und gezwungen, eine geschlossene Totalität auszumachen. Es dringt sich hier unwillkürlich die Frage auf, aus welchem Gesichtspunkte das Verhältniß des Einzelnen zum Ganzen aufgefaßt werden müsse? Denn offenbar werden

die Individuen (ſcheinbar) nicht gleiches Glück erfahren können, und „ſo leicht könnte ja wohl das Auge als der edelſte Theil des Körpers fordern, daß es mit Purpurfaft gefärbt ſey.“ (Plato) „Allein wenn wir Gemählde von Menſchen verfertigten, und es käme jemand zu uns mit dem Vorwurf, daß wir dem edelſten Gliede nicht die ſchönſte Farbe gaben; ſo würden wir uns gegen einen ſolchen mit Grund dadurch rechtfertigen, wenn wir ſagten: o ſchöner Mann! glaube doch nicht, daß wir die Augen ſo ſchön mahlen müſſen, daß ſie nicht mehr Augen ſeyn können: ſondern betrachte genau, ob wir den einzelnen Gliedern das ſchickliche geben, und ſo das Ganze ſchön bilden.“ -- Wir müſſen einen organiſchen Staat bilden, „und die wir darin als Genoffen des Glückes aufnehmen, ſind nicht einige wenige, ſondern der ganze Staat ſoll glücklich ſeyn.“ -- Wir dürfen alſo die Glückſeligkeit des Einzelnen nicht für ſich allein betrachten; „ſondern vielmehr unſern Blick auf den ganzen Staat werfen, und ſehen, ob dieſer glücklich ſey: die Einzelnen werden wir aber anhalten, daß jeder in ſeiner Art der beſte ſey,

und sie in dem Maasse an der allgemeinen Glückseligkeit Theil nehmen lassen, als die Natur ihres Standes es ihnen vergönnt." -- Zwar ist dies Verhältniß der Einzelnen zum Ganzen eine Idee; und es ist vom Staate nicht zu fordern, daß er sie auf einmal erreiche. Allein diese Idee muß doch das Ziel des Staates in seinen Wirkungen auf die Einzelnen seyn, und aus ihr allein können die Regeln abgezogen werden, welche die Natur in Her- aufbildung des Staats zu jener ursprünglichen Schönheit befolgt wissen will.

Alle menschlichen Bedürfnisse befriedigt also der Staat harmonisch, in harmonisch wirkenden Menschen. So hätten wir den Staat als ein organisches Ganze beschrieben; noch ist er aber zugleich organisches Glied der Staateneinheit. Seine ganze Individualität muß also durch und durch so seyn, daß sie in das Ganze der Staateneinheit passe. Jeder Staat muß das seyn wollen, was er in seinem Lande, unter seinen Zeitgenossen (andern Staaten) seyn kann.

§. 8.

Endzweck des Staats.

Aus dem Wesen des Staates kann nun sein Zweck erkannt werden. So wie seine Individualität von allen anderen Staaten nicht getrennt werden kann, eben so kann sein Zweck kein absolut in sich gekehrter seyn. Ferner, weil der Staat alles umfaßt, was menschliches Bedürfnis heißt, so wird sein Zweck nicht partial seyn dürfen; weil er all dies innigst vereinigt, so wird er auch kein Inbegriff von Zwecken seyn können; und weil endlich der Staat seine Bedürfnisse in organisch vereinigten Menschen befriedigt, so kann sich sein Zweck nicht auf Einzelne, als solche, beschränken.

Man sollte nach meiner Meinung die beiden Fragen unterscheiden: was hat der Staat überhaupt für einen Zweck, d. h. welchen Zweck will die Natur durch Hervorbringung von Staaten in Bezug auf sich selbst erreichen? und: welches ist der Endzweck des empirischen Staats, d. h. was ist das Höchste und Letzte, nach welchen die empirischen Staaten

streben sollen? Uns ist es hier besonders um Beantwortung der letzten Frage zu thun, und wenn es wahr ist, wie nicht geläugnet werden kann, daß der Zweck alles Empirischen -- das in einem gewissen Abschnitte der Zeit ist, -- der sei, daß die zu Grunde liegende Idee immer reiner und schöner dargestellt werde, so können wir nicht umhin, den Endzweck des Staats

in die immer schönere Darstellung der Idee der Menschheit als einer organischen Einheit in den von Natur vereinigten Menschen nach Maaßgabe ihres Verhältnisses zu allen andern eben so vereinigten Menschen zu setzen.

Es sollen zur Erläuterung des Gesagten, und zur Beseitigung der gewöhnlichen Einwürfe die Hauptmomente ausgehoben werden.

1) Der Staatszweck ist eine unendliche Aufgabe für die Menschheit; es darf also unter unserer Veredlung der Menschheit nicht Etwas, was zu irgend einer Zeit erreicht werden könnte, verstanden werden: Denn der

Staat muß ja in jedem Momente der Zeit einen Zweck haben. Man darf an der Möglichkeit der Annäherung an denselben deswegen nicht verzweifeln, weil öfter schon Völker von einem scheinbar hohen Grad von Kultur wieder tief herunter gesunken sind. Denn wer dürfte sich zu entscheiden unterstehen, ob jene Kultur auch eine wahre und gedeihliche war? Vielleicht war es das größte Glück für die Menschheit, daß jene Kultur vertilgt wurde! Vielleicht war jene Kultur ein Auswuchs der Menschheit! Und gesetzt, sie war es auch nicht: ist von der Natur, deren Schaffungsprincip -- Zerstörung ist, zu erwarten, daß sie ihre Zwecke in einer uns immer gerade scheinenden Linie verfolge? Schmekt doch die Gesundheit nie besser, als nach einer überstandenen Krankheit!

2) Unsere Verschönerung, Veredlung der Menschheit geht nicht dahin, daß in jedem einzelnen Menschen all das Große vereinigt werde, was Einzelne Menschen -- an sich haben können. Eine solche Veredlung wäre freilich Verkehrtheit der Natur, und eine Chimäre ohne Gleichen. Unsere

Idee geht dahin, daß der Staat das Schönste und Edelste sei, und daß jeder Einzelne so schön und edel sei, als es sein Verhältniß zum Ganzen fordert: Wer möchte wohl daran zweifeln, daß einer der beste Baumeister, ein anderer der beste Krieger, u. s. f. seyn könne?

3) Man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, wir verstünden unter unserer Veredlung die Ausbildung einer einzelnen menschlichen Eigenschaft, welcher alle andern untergeordnet seyn müßten. Die harmonische Ausbildung aller menschlichen Eigenschaften in verschiedenen Individuen ist die Sittlichkeit selbst; alles andere ist *ihr* nicht untergeordnet.

4) Gewöhnlich hat man, wenn man von Veredlung der Menschen sprach, vergessen, daß jedes Land (jeder Staat) seine eigenthümliche Art von Kultur fordere, und daß eben dadurch allein die Darstellung der Schönheit des Menschen (in abstracto) möglich ist. Man wollte einen Staat dem andern in seiner Veredlung ganz gleich machen, und überseh, daß man dadurch alle aufheben

würde. Wer an einer solchen Veredlung zweifelt, der verdient dafür alles Lob. Jeder Staat veredle sich so, wie es ihm die Natur möglich gemacht hat. Jeder sei sich selbst sein Muster!

§. 9.

Ist der aufgestellte Organismus der *S t a a t*?

Man wird von uns nicht Rechenschaft darüber verlangen, ob die Idee des Staates demjenigen anpasse, was man in der Erfahrung bisher Staat genannt hat und nennt. Denn wir wollten hier nicht wissen, was unsere Erfahrungsstaaten seyen. Wenn aber die Idee auf einen vorhandenen Staat gar nicht passen sollte, so würde doch daraus die Unrichtigkeit der Idee nicht folgen; weil sich das Empirische nach der Idee, nicht aber umgekehrt richten muß. -- Die Frage, die man an uns stellt, muß also so gefaßt werden: Ist die aufgestellte Idee die Idee des Staats? -- Nur im Organismus ist Einheit, also nur da wird die Forderung der Vernunft befriedigt. Die Natur würde mit sich im Widerspruche

seyen, wenn sie nicht den oben aufgestellten Organismus hervorbrächte. Ich heiße diesen Organismus Staat, und wer ihn anders heißen will, thut eben so recht; denn am Namen liegt allenthalben nichts.

ZWEITER ABSCHNITT.

Einrichtung des Staats nach jener Idee.

§. 10.

E i n l e i t u n g.

Wenn wir untersuchen wollen, wie ein Staat nach der oben aufgestellten Idee eingerichtet werden müsse; so wird es zuerst darauf ankommen, zu bestimmen, in welche Verhältnisse die Glieder des Staats gegen einander gesetzt seyn müssen; dann, was sie zu Stande bringen sollen; und endlich, wie sie dies, als in jenen Verhältnissen stehend, wirklich leisten können?

Erster Absatz.

Grundverhältnisse der Staatsglieder untereinander.

§. 11.

Vertheilung der Geschäfte.

Der Mensch ist das Produkt der Natur, durch das sich die Natur ihrer selbst bewußt

wird. Wir werden also sehen müssen, wie wir den Menschen von den Fesseln, die die physische Natur ihm anlegt, befreyen, damit er sich zu seiner hohen Würde emporSchwinge, über die Nothwendigkeit triumphire, und ihr Gesetzgeber werde. Zu diesem Endzwecke werden wir den Menschen für seine physischen Bedürfnisse sorgen lassen, ihn zunächst mit der physischen Natur in Verbindung setzen, der er all das, was er braucht, abtrotzen, und dadurch immer zu neuen Bedürfnissen gereizt werden muß.

Wenn sich nun der Mensch auf diese Weise der Naturnothwendigkeit entzieht, so wird es ihm möglich, sich von innen heraus zu erweitern, seinen Blick auf das Ganze, mehr oder weniger, zu werfen. Er wird anfangs die Gesetze, nach denen alle Erscheinungen sich richten, entdecken. Seine Entdeckung wird er immer höher steigern, bis er die Formen rein aufgefunden hat. Sich bewußt der ungeheuern Kraft zwischen dem Wirklichen und dem Formellen, wird sein Geist unaufhaltbar dies zu erforschen suchen, was denn eigentlich das Sichtbare sey? und eben darin spricht sich

die höhere Natur des Menschen, sein Beruf, das Auge des Ganzen zu seyn, aus. Hat er dann die Urschönheit des Ganzen erblickt, so wird er, hingerissen von ihr, und durch sie verschönt, in Bildern sie darstellen, und die ihn umgebende Natur selbst verschönern.

So muß also der Mensch seine physischen und geistigen Bedürfnisse befriedigen, und diese Forderung machen wir mit Recht an den ganzen Menschen. Denn lassen wir seine geistige Kultur bey Seite, so wird er ein Thier, und wollen wir ihn nicht für seine körperlichen Bedürfnisse sorgen lassen, so wird er gar nichts seyn. Ferner kann er sich seiner Abhängigkeit von der physischen Natur nicht erwehren, wenn er nicht seinen Geist bildet. Um seinen Durst zu löschen, braucht er die Kenntniß der Mechanik, Hydrostatik, Baukunst cet. Welche Kenntnisse braucht der Mensch, um Bröd zu haben? Zur Verfertigung des Pflugs braucht er Mechanik, um das Feld gut zu bestellen, Chymie, Meteorologie, cet. Ja! wie viele Forschungen mußte der Mensch machen, um eine eiserne Pflugshare zu erhalten? Kurz! um zu leben, braucht er alle Gesetze zu ken-

nen, nach denen die Natur wirkt, und die Kenntniss derselben ist wieder nicht möglich, und nicht wahr und begründet ohne Philosophie.

Nun stellt sich aber unserer Forderung ein grosses Hinderniss entgegen. Wer die körperliche Bedürfnisse befriedigt, kann es in geistiger Bildung nicht weit bringen, und wer den Geist bildet, kann sich die Stärke und Fertigkeit der Glieder, welche zur Bearbeitung des Physischen erforderlich ist, nicht verschaffen, und dazu wird es ihm an Lust zur körperlichen Arbeit fehlen. Der Bauer kann kein Philosoph; und der Bildhauer kein guter Zimmermann seyn. Und wenn wir auch jeden für alles wollten sorgen lassen, so würde die Natur ihren Zweck -- organische Vereine von Menschen hervorzubringen, verfehlen, weil wir lauter isolirte Menschen hätten. Sollen die Menschen organisch vereinigt seyn, so ist es die erste Bedingung, dass sie sich von einander abhängig machen, dass sie die Geschäfte so theilen, dass einer des andern bedarf. Da aber nur der die übrigen von sich am besten abhängig machen kann,

der in seinem Geschäfte Meister ist: so wird es in unserm Staate erstes Gesetz seyn müssen, daß jeder nach Willkühr sein Geschäft wählen darf, weil es dadurch allein möglich ist, daß jeder jenen Stand ergreife, wozu er das natürlichste Geschicke hat.

§. 12.

Producenten.

Es ist wohl außer allem Zweifel, daß, wenn ein Staat gut eingerichtet ist, kein Einzelner überflüssig seyn kann, sondern daß es ein Bedürfnis des Ganzen seyn muß, welches seine Existenz in dieser seiner individuellen Qualität nothwendig macht. Von dieser Seite betrachtet, befriedigt jeder ein Bedürfnis, und ist insoferne ein Producent. Der Begriff von Producenten kann aber in einer eingeschränkteren Bedeutung genommen werden, wo man nämlich diejenigen unter Producenten versteht, welche die Befriedigungsmittel aller Bedürfnisse erzeugen.

Da es körperliche und geistige Bedürfnisse giebt, so müssen wir Erzeuger der körperlichen, und Erzeuger der geistigen Be-

friedigungsmittel in unsern Staat aufnehmen. Wie wir oben gesehen haben, daß die körperlichen und geistigen Bedürfnisse innigst verknüpft sind: eben so abhängig müssen die Producenten beider Art seyn. Der Gelehrte und Künstler bedarf der Gewerbsleute; diese bedürfen der ersteren. Der Gelehrte denkt für den Gewerbsmann, und dieser verschafft ihm seinen Lebensunterhalt. Abgesehen davon, daß es einseitig sei, den Gewerbsmann allein Producent zu heißen, weil der Mensch ja auch wohl geistige Bedürfnisse hat, fordert schon die unverkennbare Wahrheit, daß der physische Erwerb um desto größer seyn muß, je weiter ein Volk in geistiger Bildung vorge-rückt ist, daß auch Gelehrte und Künstler für Producenten erklärt werden. Und wenn Produktion die Bedingung des aktiven Bürger-rechtes ist; dann Ehre der italienischen Re-publik, die unter unsern Staaten zuerst diese Wahrheit erkannt, und dem Dotti aktives Bürgerrecht ertheilt hat.

Auf diese Weise gewinnen also einige die Befriedigungsmittel der geistigen, und andere die

die der physischen Bedürfnisse, und beide sind, wie es die Natur des Organismus fordert, von einander abhängig.

Es darf aber weiter weder der Gelehrte und Künstler, noch der Gewerbsmann alles in seiner Art thun. Jeder der ersteren muß, um in seinem Fache Meister zu werden, und um das Band zwischen ihn und allen andern desto enger zu knüpfen, nur auf eine Wissenschaft, oder Kunst sich besonders legen. Aus denselben Gründen werden wir den Gewerbsleuten befehlen, sich in die Geschäfte ihres Standes zu theilen. Einige müssen die Erde bauen, andere verarbeiten die Produkte der Erde zum Gebrauche. Damit beide ungehindert ihr Geschäft treiben können, werden wieder andere den Umsatz dessen, was jene hervorbringen, besorgen. Jene, welche die Produkte des Landbauers veredeln, müssen sich wieder in die Hände arbeiten; einige verfertigen die Instrumente, andere verarbeiten die Produkte unmittelbar. Einige verfertigen die Theile, andere setzen sie zusammen, u. s. w. Kurz! überall wirkt alles organisch.

§. 13.

R e g e n t.

Da wir jedem aus der producirenden Klasse einen eigenen Wirkungskreis angewiesen haben: so wird kein Individuum aus ihnen wissen können, ob die Geschäfte so vertheilt sind, wie es die Schönheit des Ganzen fordert, und wie es wirken müsse, damit alle ungehindert seyen. Soll ferner jeder an seiner Stelle thätig seyn, so kann er sich nicht selbst vor Zerstörungen und Verletzungen schützen. Und deswegen, weil auf einer Seite Gelehrte und Künstler sich in Wissenschaft und Kunst versenken, und auf der andern die Gewerbsleute in Gewinnstmacherei leben und weben, werden die ersteren sich nicht von selbst verstehen, die Lehrer der andern zu seyn, und die letzteren besitzen nicht genug Geschicklichkeit, die Gelehrten zu verstehen, und nicht Vermögen und Lust genug, die Schönheiten, welche die Künstler hervorbringen, allgemein zu genießen. Kurz! wir brauchen noch jemanden, der das Ganze überschaut, der die Einzelnen zum großen Ziele leitet, einen Ver-

einigungspunkt Aller, in welchem alles Einzelne sich vereinigt, und aller Gegensatz zur Harmonie wird. Dieser Vereinigungspunkt ist der Regent. Er ist es, in dem sich der Staat in seiner Integrität selbst anschaut; in ihm verschwindet aller individuelle Eigennutz, in ihm wirkt das Ganze als eine organische Einheit. Er ist nicht der Staat selbst; (wie Louis XIV. meinte,) denn dieser kann von den Einzelnen gar nicht getrennt werden; aber er ist der Repräsentant des Staats; derjenige, an dem die Einzelnen sichtbar machen, daß sie einen Staat bilden. Er, der Vereinigungspunkt, sieht das Verhältniß seines Staates zu allen andern Staaten, und lenkt ihn so, daß er als organisches Glied in die Einheit der Staaten passe.

§. 14.

Staatsdiener.

Man sieht leicht ein, daß der Regent nicht alles, um dessen willen wir ihn für nothwendig erklärt haben, in eigener Person thun könne. Wer würde von einem Men-

schen Schutz, Belehrung, Leitung der Einzelnen cet. zum Gesamtzweck erwarten können, wie könnte der Regent, der der Centralpunkt seyn soll, dieses leisten? Es fragt sich nun, wie die Einheit der Regierung doch erhalten werden kann, wenn wir für das, was von ihr gefordert wurde, viele Leute brauchen? -- Der Regent erreicht es dadurch, daß er durch Andere, als seine Organe, handelt. Und diese sind die Staatsdiener. Für jeden bestimmten Zweck bestellt der Regent eigene Männer. Sie stehen untereinander in Subordination, und haben an der Spitze (des Kegels, den sie bilden,) einen Chef -- Minister. So bilden sie zusammen ein Departement. Die Departements selbst müssen unter einander organisch verbunden werden. Sie dürfen sich einander nicht nur nicht hindern, sondern das Wirken eines Departements muß Beförderung für die übrigen seyn. Der Regent vereinigt daher die Vorsteher der einzelnen Departements selbst wieder in ein Collegium -- Staatsrath. (Die Kegel verbinden sich zur Kugel.) -- Alle allgemeinen Normen werden hier unter dem Vorsitz des Regenten be-

schlossen. Der Minister des Departements, in welches der Stof einschlägt, hat den Vortrag, und die Chefs der übrigen Departements erklären sich darüber, ob der Vorschlag des ersteren mit den Zwecken ihrer Departements zusammenstimme. Durch diese Anstalt allein ist der Einseitigkeit allgemeiner Normen, und ihrer Collision vorzubeugen. Da jeder Minister frei seine Meinung über das Einpassen des Vorschlages in den Zweck seines Geschäftskreises äussert, so ist nicht zu befürchten, daß eine Verordnung einseitig ausfalle; aber dadurch, daß der Regent die Meinungen aller Minister hört, und als unpartheiischer Dritter abwägt, wird der Unbequemlichkeit abgeholfen, die daraus entsteht, daß die Vorsteher der einzelnen Departements, eingenommen für ihr Geschäft, nicht leicht sich vereinigen werden; und doch würde hier Unanimität Aller erfordert, weil jede Verordnung den Charakter der Uebereinstimmung mit allen andern speziellen Zwecken des Staats haben muß. Vota majora können also im Staatsrathe nicht gelten, und deswegen muß der Regent entscheiden. -- Den Beschluß des

Staatsraths setzt der Minister, der den Vortrag hatte, durch Subalterne in absteigender Linie in Vollzug.

§. 15.

Wie werden die Staatsdiener unabhängig von den Producenten, und diese von jenen?

Es ist gewiss, daß dem Staate an der klugen und getreuen Ausführung allgemeiner Verordnungen eben so viel, als an der Zweckmäßigkeit dieser letzteren selbst gelegen ist. Diese Ausführung ist den Staatsdienern überlassen. -- Es ist klar, daß die Staatsdiener von der producirenden Klasse erhalten werden müssen. Es wäre nun möglich, daß sie deshalb von der erwerbenden Klasse abhängig, und in Ausübung ihrer Pflicht gehindert würden. Die Producenten könnten auch leicht, weil der Regent sich nicht in das individuelle einlassen kann, von der Willkühr der Staatsdiener leiden müssen. Auch hier ist der Regent Vermittler; der Staatsdiener erhält seinen Sold hoheitlich, aus den Händen des Regenten, und nur hoheitlich leistet er seine

Dienste. Letzteres erreicht der Regent dadurch, daß er alle Instruktionen an die Staatsdiener öffentlich bekannt machen läßt, und daß die Staatsdiener eben so öffentlich Rechenschaft geben müssen.

§. 16.

Verhältniß des Regenten.

Wie soll nun der Regent all dies leisten können, was wir von ihm gefordert haben? in welche Lage müssen wir ihn versetzen, damit er seiner hohen Bestimmung entspreche? -- Ich glaube, es wird in dieser Hinsicht erfordert:

1) Daß der Regent eine einzige physische Person sei. Aus eben dem Grunde, aus welchem wir den Regenten über den Staatsrath setzen, müßte über die mehreren, die zusammen den Regenten bilden sollten, zuletzt wieder Einer gesetzt werden, wodurch die ersteren aufhörten, in ihrer Gesamtheit der Regent zu seyn.

2) Der Regent wird von der produci-
renden Klasse erhalten. Seine Einkünfte müssen aber, um ihn theils von den übrigen

Staatsgliedern unabhängig genug zu machen, theils, um die Majestät des Staats äusserlich darstellen zu können, die Einkünfte der Particuliers unendlich übertreffen.

Zweiter Absatz.

Von den Grundthätigkeiten des Staats.

§. 17.

Die Staatsgrundthätigkeiten müssen organisch seyn.

Wir haben schon oben gesehen, daß der Staat für alle menschliche Bedürfnisse zu sorgen habe, und daß all das, was er thut, harmonisch vereinigt, d. h. sich wechselseitig Zweck und Mittel seyn müsse. Der Staat kann nicht eine menschliche Angelegenheit um die andere besorgen; sondern seine Sorge für eine ist von selbst Sorge für die andere. Wenn wir also mehrere Grundthätigkeiten unterscheiden, so geschieht dies keineswegs, weil dieselben einander absolut entgegengesetzt sind: sondern es wird damit blos ein Hervordringen je einer Thätigkeit vor der andern angezeigt. Wenn wir daher werden aufgefunden haben, welches die Grundthätig-

keiten des Staats seien, so müssen wir an ihnen ihre Einheit nachweisen.

§. 18.

Sie sind: Bildung, Erwerb, Recht.

Nehmen wir auf den Staatszweck: immer schönere Darstellung der Idee der Menschheit in den zum Staate vereinigten Menschen, Rücksicht: so wird

1) die Sorge des Staats dahin gehen, alle menschlichen Eigenschaften in den Individuen immer mehr auszubilden; zu diesem Zwecke

2) wird er alle Hindernisse der Bildung von Seite der physischen Natur aus dem Wege räumen, -- er wird erwerben; Beides aber wird er

3) nur unter der Bedingung des Rechts thun.

§. 19.

Ihr Zusammenhang.

Ob dies die Grundthätigkeiten des Staats, und ob sie es allein seien, und aus ihnen selbst, und aus ihrer nähern Zergliederung er-

hellen. Hier soll ihr wechselseitiges Verhältniß, und ihre Einheit gezeigt werden.

Es ist an keine Bildung zu denken, wenn die Menschen ihre physischen Bedürfnisse nicht befriedigen könnten; ja eben dadurch, daß der Mensch des schmerzlichen Gefühls des Bedürfnisses sich entlediget, übt er seine Kräfte. -- Ein hoher Grad von Kultur ist nur dadurch möglich, daß jeder eine eigene Art von Geschäften wählt. Nun ist es aber gerade das Recht, was jedem seinen eigenen Geschäftskreis anweist. Erwerb und Recht ist also Mittel zur Kultur.

Eben so läßt sich an keinen Erwerb denken, als vermittelt gebildeter Kräfte, und vermittelt des Rechts, welches jedem den Weg zum Erwerbe öffnet, und verhindert, daß nicht im beständigen Umsatz aller Waaren der Erwerb von Jemand verletzt werde.

Das nämliche gilt auch vom Rechte. Die strengste Exekution der Rechtsgesetze ist nicht hinreichend, Rechtsverletzungen zu verhindern; ja, um die Strafen selbst wirksam zu machen, ist z. B. geistige Bildung nothwendig. Eben so wäre auch ohne Befriedigung phy-

sicher Bedürfnisse an gar kein Recht zu denken; denn, wahrlich! von dem, der immer mit dem Hunger zu kämpfen hat, ist ein rechtlicher Wandel gar nicht zu erwarten.

So sind also diese Grundthätigkeiten wechselweise sich Mittel und Zweck, und dokumentiren dadurch ihren organischen Charakter. Es kann also von einer Thätigkeit, als losgetrennt von den übrigen, gar keine Rede seyn. -- Eine Kunde der Erziehung der Menschheit, die von den physischen Bedürfnissen der Menschheit keine Notiz nähme, wäre inhaltslos; und schwebete ihr nicht die Idee des Rechts vor, so brächte sie keine Einheit in die Kultur der Einzelnen. -- Adam Smith entdeckte dadurch so große Wahrheiten, weil er die Wohlhabenheit innigst mit der Kultur verband, und allen seinen Vorschlägen das Gepräge des Rechts aufdrückte. -- Ein schlichter Rechtskundiger (*purus putus Jurista*) ist eine Unmöglichkeit; eben so große Unmöglichkeit ist es, ein Naturrecht (Vernunftrecht) aufzustellen, wobei von Bildung und Erwerb ganz abstrahirt würde. So ein Naturrecht wäre selbst bloße Abstraktion, und deswegen ohne

alle Realität. -- Erst dann, wenn sich im empirischen Staate das Verhältniß zwischen den drei Grundthätigkeiten festgesetzt hat, -- (wenn sie positiv geworden sind) kann bei Aufstellung der Lehre einer Grundthätigkeit von den übrigen abgesehen werden, weil sich der Staat des Inhalts dieser einzelnen Lehren schon zum Voraus versichert hat. Aber für ein Individuum, welches sich einer solchen Theorie bemächtigen will, gewinnt sie selbst wieder erst dadurch Leben, daß es alle einzelnen Lehren verbindet. Kurz! die Staatswissenschaften selbst sind ein organisches Ganze.

Es stieß uns oben die Bedenklichkeit auf, ob nicht das Recht das höchste und letzte im Staate sei, weil, wie man mit Grund behauptet, alle Angelegenheiten der Menschheit gewiß dort am besten besorgt würden, wo das Recht herrsche. Wir ahndeten dort etwas höheres, und glaubten, daß erst aus diesem höheren das Recht erkannt, und ihm seine Stelle angewiesen werden könne. Hier ist der Ort, wo wir darüber uns näher erklären können. Wir sehen hier ein, daß es wahr ist, daß alles, was außer dem Rechte ist, Mittel zu diesem

sei; aber wir wissen auch, daß das Recht hinwiederum Mittel für das andere, und namentlich für Kultur und Erwerb ist. Die Wahrheit dieser Sätze erkennen wir in einem Höheren -- im Organismus der Grundthätigkeiten des Staats. Es lassen sich über den Staat drei Systeme denken, je nachdem Bildung, Erwerb, oder Recht zum Principe gesetzt wird. Aber keines ist für sich wahr, nur in ihrer Vereinigung liegt Wahrheit.

§. 20.

Diese Grundthätigkeiten sind nicht die Hoheitsrechte -- Staatsgewalten.

Ich glaube nicht, erinnern zu müssen, daß die Staatsgrundthätigkeiten nicht mit den Hoheitsrechten synonym seien. Denn es ist ganz ein anderes, den Staat in seiner Totalität nach seinen Hauptfunktionen aufstellen, und die Rechte der Regierung zu deduciren. Die Herrscher - oder Hoheitsrechte müssen, jedes für sich, wenn der Staat in seiner Allheit schon aufgestellt ist, als eben so viele Mittel zum Staatszweck aus diesem begründet werden. Die Fragen: welches sind die Hauptfunktionen

des Staats, und welches sind die Herrscherrechte? unterscheiden sich, wie jene: Was thut der Staat, und was muß daher die Regierung thun?

Dritter Absatz.

Die Grundverhältnisse und die Grundthätigkeiten in ihrer Vereinigung.

§. 21.

Methode.

Die Grundverhältnisse verhalten sich zu den Grundthätigkeiten, wie das Bleibende zum Beweglichen. Jedes für sich genommen, ist eine Abstraktion, und aller Realität beraubt. Leben erhalten beide nur, wenn wir betrachten, wie sich die Funktionen des Staats an den in bestimmten Verhältnissen stehenden Menschen äussern. Dies soll das Hauptmoment der künftigen Darstellung seyn. -- Am zweckdienlichsten aber scheint es mir zu seyn, den Staat, als thätig in seinen Gliedern, nach seinen verschiedenen Hauptfunktionen darzustellen. Gegen diese Behandlungsart könnte nun

der Zweifel entstehen, ob es uns möglich sei, von den einzelnen Funktionen des Staates zu sprechen, da wir doch selbst nur in ihrer Vereinigung die Wahrheit wollten gefunden haben? Die Antwort liegt schon im Vorhergehenden: Wahr ist es, es kann von einer einzelnen Grundthätigkeit, als einzelnen, nicht gesprochen werden; vielmehr werden in einer die beiden übrigen schon aufgefaßt. Aber dies verhindert nicht, daß wir auf eine dieser Thätigkeiten, wie sie von den andern bestimmt wird, und dieselben wieder bestimmt, besonders unser Augenmerk richten. Wir trennen dabei eine Funktion nicht von der andern, wir lassen nur immer eine hervorragen. Daran thun wir aber nicht Unrecht; denn es muß, wenn diese Thätigkeiten überhaupt etwas seyn sollen, jede etwas seyn, und, da sie selbst unzertrennlich sind, so kann dies ihr Seyn blos in einem Prädominiren bestehen. Und dies ist unser zweiter Gesichtspunkt, wenn wir den Staat von seinen verschiedenen Seiten im Grundrisse zeichnen wollen.

ERSTE ABTHEILUNG.

Der Staat als Verein zur Bildung.

§. 22.

Grundlage aller Bildung.

Es ist an keine Bildung, als an die der Einzelnen zu denken. Wir wissen aber auch, daß der Einzelne nicht all das Große, dessen seine Gattung fähig ist, in sich vereinigen könne und dürfe. Vielmehr muß jeder in dem Grade, und auf die Art sich bilden, daß dadurch das Ganze schön gebildet sei. Mit Recht vergleicht Plato den Staat mit dem menschlichen Gemüthe. So wie dieses dann für gut geordnet angesehen wird, wenn alle Kräfte und zwar in ihrem gehörigen Verhältnisse ausgebildet sind, eben so muß jener Staat für den gebildetsten geachtet werden, in dem jeder der kultivirteste in der Stelle ist, welche die Schönheit des Ganzen selbst nothwendig macht. Und wenn die Schönheit des Gemüthes in das Ebenmaß aller Kräfte gesetzt werden muß: so kann die wahre Schönheit und Sittlichkeit des Volkes einzig darin bestehen, daß

dafs die Bildung aller Einzelnen zusammenpasse, und ein harmonisches Ganze ausmache.

§. 23.

Geschiedenheit und Zusammenhang
der individuellen Bildungen.

Wir werden daher vom Regenten vorzüglich Weisheit, von dem Künstler Geschmack, von dem Krieger Muth u. s. w. verlangen. Allein ist Weisheit ohne Geschmack, et. möglich? -- Ist an Muth ohne körperliche Kräfte zu denken? und würden nicht die Krieger, wenn sie nicht Kenntniß von ihrem Verhältnisse zum Ganzen hätten, „gegen ihre eigenen Mitbürger eben so gut, als gegen Fremde zornig und unbändig seyn?“

Wenn also gleich jedes Individuum nur diejenige Eigenschaft, die sein Stand erheischt, vorzüglich bilden muß; so darf dies doch nicht so geschehen, dafs über derselben alles übrige versäumt würde. Denn so hätten wir kein Band mehr, welches den Einzelnen an den Einzelnen knüpfte, und wodurch die Kultur im Ganzen ein Zusammenhängendes wür-

de. Es muß daher jeder von der Grundeigenschaft des andern so viel besitzen, als nothwendig ist, um sich dieses Letzteren dazu zu bedienen, daß er in seiner Art der beste seyn könne. Der Gewerbsmann muß Verstand haben, um die Resultate der Forschungen der Gelehrten anwenden zu können. Der Volkslehrer muß dem Gelehrten in seinen Forschungen folgen können, um seine Resultate zu finden; er muß aber auch die Beschaffenheit des Gewerbsmannes, seine Denkungsart, und seinen Geschäftskreis kennen, um jene Resultate ihm vorzutragen, und ihre Anwendung zu zeigen.

§. 24.

Die Kultur muß den Umständen gemäß seyn.

Wir haben bisher die Form der Bildung eines Volkes aufgestellt. Was aber das Materielle an der Kultur betrifft: so wird 1) die Kultur eines Staates in jedem Zeitpunkte genau der vorigen anpassen. Die Kultur wird stufenweise größer, und jeder Uebersprung vermieden. Denn die Erfahrung lehrt es am

Individuum wie an Staaten, daß zu früher Blüthe keine Frucht folgt, und daß die Frühreife in Treibhäusern sich mit schlechter Frucht bestraft. 2) Alle Kultur muß dem Klima, dem Grade der Leichtigkeit der Befriedigung körperlicher Bedürfnisse, *cet. angemessen seyn*, kurz, jedes Volk muß sich auf die von der Natur bestimmte Art bilden. Verlanget nicht von einem Volke, das ein für Getreid - oder Weinbau vorzüglich geeignetes Land bewohnt, daß es ein fabricirendes werde, und statt Getreid Fabrikkräuter baue! Es vervollkommne sich im Ackerbau, ein Volk mit unfruchtbarem Lande wird sich zu Fabrikanten bilden. -- Was hälfe eine Bildergallerie in Sibirien? Ja wäre es nur erträglich, wenn vor dem Volke der Samojeden unsere besten Trauerspiele aufgeführt würden?

§. 25.

Sittlichkeit der Einzelnen.

Wir haben bisher dafür gesorgt, daß jeder Einzelne auf eigene Art bilde, und daß die Bildung aller Einzelnen zusammenhängend

und zweckgemäfs sei. Noch ist aber das Zusammenpassen Aller mechanisch und todt. Der einzelne Mensch muß sich frei in die Totalität verfenken, mit innigster Liebe zum Ganzen handeln! Dies allein giebt ihm einen wahren Werth. Dieses freie Verschmelzen der Individualität mit dem Ganzen ist die Sittlichkeit des Einzelnen, -- das Band, wodurch das Ganze zum lebendigen, und die Einzelnen zu Gliedern einer schönen Familie werden.

Diese Sittlichkeit wird der Staat neben Hinwegräumung aller Hindernisse, (bösen Beispiels, unsittlicher Schriften) durch Aufklärung des Verstandes, und Bildung des Gefühles erreichen.

Alle werden über ihr Verhältniß zum Staate, zur ganzen Menschheit, zum Wesen der Wesen aufgeklärt. Der Staat vermeidet nichts mehr, als negative Aufklärung. Sie nimmt dem Menschen alles Leben! Die Menschheit klagt sich an, daß es ihr bisher nicht möglich war, auf einem höheren Grad der Kultur zu stehen! -- Ich weiß es freilich wohl, daß die negative Aufklärung in unsern

Tagen im Gange der Dinge lag! -- Genug, die Regierung läßt es nie zu ihr kommen; sie spielt dem Menschen immer zuerst das Bessere in die Hände, und ist versichert, daß das, was nur in der Folge der Zeit schlecht wurde, ohne alles Geräusch von selbst unsichtbar wird. Im Verbeßern wird es also keinen Stillstand geben.

Belebung des Gefühls ist nicht das „Dulce“, das mit dem „Utile“ -- der Aufklärung vermischt werden muß, damit etwa die letztere durch die Abwechslung lieber Eingang finde. Nein! der Mensch ist nur einer. Es läßt sich keine Kraft ohne der andern bilden. Ein Aufgeklärter ohne Gefühl ist kein sittlich schöner Mann! Das Anschauen der Bilder der Urschönheit -- in den Werken der Dichter, Maler, Tonkünstler cet. und noch mehr in den Werken der Natur, stimmt den Geist zur Schönheit um, versetzt ihn in Harmonie mit sich selbst, und diese Stimmung reicht schwerlich der Aufklärung die Hand.

ZWEITE ABTHEILUNG.

Der Staat, als Verein für physisches

W o h l.

§. 26.

Der Staat führt Haushaltung.

Der Staat ist eine große Familie. Alles, was sie braucht, muß sie sich selbst erwerben. So wie der Einzelne, wenn er je einzeln seyn könnte, sich nur selbst der Abhängigkeit von den Dingen außer sich erwehren kann, eben so der Staat. Er erhält nichts ohne sein Zuthun von außenher.

Bei jeder Wirthschaft sind liegendes, umlaufendes, und Consumtionskapital zu unterscheiden. Eben so auch im Staate. Wenn aller Gewinnst darauf beruht, daß das liegende Kapital immer größer werde, so wird auch der Staat zu seiner Consumtion vom umlaufenden Kapitale nur so viel verwenden, daß mit dem Ueberreste des Letzteren das liegende Kapital vermehrt werden kann. An der Möglichkeit dieses Verfahrens ist um so weniger zu zweifeln, da wir von allen Staatseinrichtungen, welche Aufwand fordern, verlan-

gen, daß sie den Umständen angemessen seien. Nun ist aber gerade die Größe des Erwerbs der Maßstab alles Bedürfnisses; denn es ist unläugbar, daß mit vermehrtem Reichthume auch neue, sonst nie gekannte Bedürfnisse erwachen, und beide gegen einander gleichen Schritt halten. -- Wir haben nun zuerst von den Einnahmen, und dann von den Ausgaben des Staats zu sprechen.

I. *E i n n a h m e n.*

§. 27.

Der ganze Staat erwirbt.

Wie in einer Familie, so erwerben im Staate alle Glieder. Es ist hier nicht davon die Rede, daß jeder für sich seinen Unterhalt bekomme, daß z. B. der Regent, die Staatsdiener, die Gelehrten und Künstler für das, was sie leisten, auch müssen leben können. Sondern davon, daß jeder beitrage, daß der Staat von seinen physischen Bedürfnissen befreit werde. Die Gelehrten machen durch ihre Forschungen den Gewinn möglich, sie entdecken. Die Gewerbsleute sind diejenigen, in deren Hände der Staat sein Kapital nieder-

gelegt hat, damit sie dasselbe benützten, und dadurch das Ganze erhielten. Die Staatsdiener theilen die Resultate der Forschungen der Gelehrten den Gewerbsleuten mit, und leiten oder schützen die Erwerbung. Der König aber ist der große Hausvater, welcher die Aufsicht führt, damit alle harmonisch zusammenwirken.

§. 28.

In der gewerbtreibenden Klasse muß der Geist des Eigenthumes belebt und genährt werden.

Unmittelbar und zunächst erwirbt also der Staat durch die gewerbtreibende Klasse. Wer möchte aber wohl erwerben, wenn das Erworbene nicht sein eigen ist? Kein Erwerb ohne Eigenthumsgeist! Es wird also den Schein haben müssen, als wenn jeder Gewerbsmann nur für sich erwärbe. Wir sagen, den Schein; weil in Bezug auf den Staat von keinem Eigenthume die Rede seyn kann, sondern alles gemein seyn muß. -- Alle Operationen der Regierung müssen also die Tendenz haben, daß in jedem Individuum der gewerbtreiben-

den Klasse der Sinn des Eigenthums belebt und genährt werde. Jedem muß es möglich seyn, von seinem Eigenen zu leben, und, in dieser Hinsicht, von Niemanden abzuhängen. Hinwiederum duldet aber der Staat auch nicht, daß jemand vom öffentlichen Bettel, der sehr viel von öffentlicher Räuberei hat, wie Kant sagt, lebe.

§. 29.

Verfahren der Regierung.

Das Verfahren der Regierung wird theils positiv, theils negativ seyn.

A) In der ersteren Hinsicht räumt die Regierung all das aus dem Wege, wodurch der Erwerbsgeist niedergedrückt wurde, oder werden kann. Unter die Rubrike dieser Dinge gehören die aus vorigen Jahrhunderten stehen gebliebenen Verhältnisse der Leibeigenschaft, der Gebundenheit der Güter, der Familienfideicommissen, cet. Alle diese Verhältnisse hebt sie auf. Besonders gehört dahin unverschuldeter Verlust seines Vermögens durch die physische Natur, oder durch Menschen. Diesen Verlust sucht die Regierung zu verhindern,

und wenn er eingetreten ist, wieder gut zu machen. Wo Menschen sind, die nichts, oder nichts eigenes haben, da wird der Erwerb nicht groß seyn. Man berufe sich nicht darauf, daß doch andere Bürger wieder um so viel mehr besitzen, als andere weniger haben. Je mehr arbeitende Hände, desto größer der Erwerb. Aber weder der Reiche noch der Arme wird arbeiten; denn der Erste wird nicht wollen, und der Andere wird nicht können. -- Genug! Jeder muß Eigenthum haben. Wie die Regierung dies bewerkstelligen könne, kann erst unten gezeigt werden.

Da Gesundheit die Bedingung aller Arbeit überhaupt ist, so wird die Regierung Krankheiten verhüten (medizinische Polizei), und wenn sie entstanden sind, Hülfsmittel gegen dieselben verschaffen (Aerzte, Apotheken cet.). Wer nach der Genesung zu Arbeit unfähig ist, und selbst kein Vermögen hat, wird von der Gesamtheit genährt. Der Grund ist hier wieder der nämliche: Wer wird arbeiten wollen, wenn er sieht, daß, wenn er zur Arbeit unfähig wird, er von der Gnade Anderer leben müsse? Und nebstdem darf die

Regierung nicht dulden, daß diese Armen zum Bettelstabe greifen, weil sie sonst die Anwendbarkeit der Maxime an sich herumtrügen, daß man auch ohne Arbeit leben könne.

B) Noch muß die Regierung positiv zur Belebung des Eigenthumsgeistes wirken: dies geschieht

a) Durch Unterricht. Die Regierung strebt dahin, daß jeder seinen eigenen Vortheil verstehe. Daher werden die Gewerbsleute über den Zusammenhang der Gewerbe belehrt, alle Künste und Wissenschaften, als ein zusammenhängendes Ganze, begünstigt, und die Resultate der Forschungen der Gelehrten der erwerbenden Klasse mitgetheilt; cet.

b) Durch Leitung der Gewerbe. Es mag paradox klingen, die Leitung der Gewerbe als ein Mittel zur Beförderung des Erwerbsgeistes anzuführen. Die gänzliche Freiheit ist ein Ideal, und beruht auf der idealistischen Voraussetzung der Klugheit der Menschen. Die Kenntnisse des Gewerbsmannes müssen wohl das Eingreifen der Regierung immer mehr vermin-

dern, und die Freiheit muß wohl der Leuchtthurm aller Operationen der Regierung seyn. Aber die Unklugheit einheimischer Bürger sowohl, als fremder Staaten, erlaubt es nicht, die Gewerbe ganz frei zu geben. Vielmehr muß das Eingreifen der Regierung von der Seite betrachtet werden, daß sie da, wo Menschen unklug handeln wollten, dieses verhindert, und daß sie die Freiheit im Ganzen herstellt.

c) Es ist aber nicht genug, daß der Gewerbsmann seinen Vortheil verstehe; es giebt Bedürfnisse des Erwerbs, welchen der einzelne als solcher nicht abhelfen kann. Diese übernimmt die Regierung. Dahin gehören Brücken, Straßen, Schiffbarmachung der Flüsse, Häfen, cet.

II. Ausgaben.

§. 30.

Bedürfnisse des Staats.

Wir haben schon oben gesehen, daß die Ausgaben des Staats so beschaffen seyn müs-

sen, daß, deren ungeachtet, das liegende Kapital des Staats vermehrt werden kann. Wie alles Consumtionskapital, müssen also die Ausgaben aus dem reinen Einkommen bestritten werden.

Es ist diese Regel ganz einerlei mit jener: die Ausgaben des Staats richten sich nach seinen Bedürfnissen; denn, wie wir sahen, stehen die Bedürfnisse des Staats mit seinem reinen Einkommen im geraden Verhältnisse.

Die Bedürfnisse des Staats lassen sich (in Hinsicht auf ihre Befriedigungsart) in individuelle und allgemeine theilen. Unter den ersten verstehe ich die Bedürfnisse der Einzelnen aus der erwerbenden Klasse. Die der zweiten Art sind wieder doppelt. Sie werden entweder von der Integrität des Staats veranlaßt, oder es erheischt sie der Erwerb selbst.

§. 31.

Befriedigungsart derselben.

1) Was die Bedürfnisse der Individuen betrifft, so überläßt es die Regierung um so mehr ihrer eigenen Klugheit, was sie zu ihrer Consumption verwenden wollen, als unmöglich ist,

das Vermögen jedes Einzelnen zu erfahren, und darnach den Grad der Mäßigkeit seines Aufwandes zu bestimmen. Sie ist überzeugt, daß im Allgemeinen, und mehr ist von menschlichen Anordnungen nicht zu erwarten, die Ausgabe jedes Einzelnen seiner Einnahme genau entsprechen wird.

II) Was aber die allgemeinen Bedürfnisse belangt, so geht die Regierung von den zweien Gesichtspunkten aus: 1) daß diejenigen die Kosten dazu tragen, welche sie veranlassen, und 2) daß die Beiträge immer von der ersten Hand einkassirt werden.

A) Diejenigen Kosten also, welche die gewerbtreibende Klasse, als solche, nothwendig macht, trägt sie selbst; die Regierung erhebt sie aber unmittelbar von denen, welche sich der hiezu gemachten Anstalten bedienen. Der Kaufmann zahlt also das Straßen - Canal - Brücken - Geld cet. Er wird diese Abgaben auf den Preis seiner Waaren schlagen. Wer ihm abkauft, zahlt seinen Theil an dieser Abgabe, und so tragen die Kosten zu diesen An-

stalten genau diejenigen, welche den Staatsaufwand veranlaßt haben.

B) Es giebt aber auch Kosten, welche die Totalität des Staats erheischt. Dahin gehören (beyspielweise): der Unterhalt des Hofstaats und der Staatsdiener, die Kosten für öffentliche Gebäude, Erholungsplätze, Fortifikationen, Munition, cet. Diesen Aufwand trägt die ganze gewerbtreibende Klasse. Denn dadurch, daß sie von dem in ihre Hände gelegten Kapitale des Staats einen Theil des Ertrages abgiebt, wird es erst sichtbar, daß der Staat als Erwerbsanstalt eine geschlossene Einheit sei. Die Frage ist also nur: wie die Beiträge zu diesem Aufwand beygetrieben werden sollen? Gewiß ist es, daß, so wie der Staatsaufwand überhaupt nur einen Theil des reinen Gesamtgewinnes verzehren darf, auch von jedem einzelnen Erwerber nur ein solcher Beitrag genommen werden könne, bey dem es ihm noch möglich bleibt, sein liegendes Kapital zu vermehren. Allein, den reinen Gewinn jedes Einzelnen zu bestimmen, ist unmöglich. Man muß sich hier nur mit einem „Beiläufig“ begnügen. Das sicherste Fundament,

von welchem sich auf den reinen Ertrag schließen läßt, scheint mir -- im allgemeinen -- der Aufwand eines Jeden zu seyn. Die Beyträge -- Steuern -- sollten also nach der Consumption eines Jeden ausgeschlagen werden. Da nun der Preis aller übrigen Dinge sich nach dem Preise der Produkte des Landbauers richtet; da ferner Grund und Boden die Urquelle alles Reichthums ist: so muß die Regel: daß die Abgaben immer aus der ersten Hand erholt werden müssen, so zur Anwendung kommen, daß die Regierung vom Landbauer sich die Abgaben vorschießen läßt. Es könnte den Anschein haben, daß dadurch Produkte und Fabrikate theurer werden, weil der Landbauer die Steuern auf den Preis seiner Produkte schlagen, und dadurch den Fabrikanten nöthigen wird, seine Fabrikate ebenfalls theurer zu geben. Allein man bedenke, daß bey dieser Verfahrungsart alle Steuern der Fabrikanten und Kaufleute, wie sie immer Namen haben mögen, cessiren müssen. Wenn nun auf einer Seite durch Einführung der Grundsteuer alles theurer werden soll, so

muß

muß auf der anderen Seite wegen Cessirung der Steuern der Fabrikanten alles wohlfeiler werden; da aber ferner der Beytrag des Bauers nach Einführung der Grundsteuer um so viel größer seyn wird, als sonst der Beitrag des Fabrikanten war: so muß das Steigen, und das Fallen der Preise der Waaren gleich groß seyn, d. h. es wird der Preis derselbe seyn. -- Dadurch ist nun die Abgabe eines Jeden seinem Aufwande, und folgeweise seinem reinen Einkommen angemessen.

Welches soll nun der Maasstab seyn, nach welchem der Landbauer den Vorschuss thun muß? Offenbar nach seinem reinen Ertrage. Allein dieser läßt sich nicht einmal im Durchschnitt bestimmen. Offenbar ist es zwar, daß der reine Ertrag eines Grundstückes sich nach der Größe und Fruchtbarkeit richte; allein die Fruchtbarkeit hat durchaus keinen sichern Maasstab. Wollte man sie nach der Fähigkeit, ein gewisses Produkt hervorzubringen, schätzen: so würde man irren, weil es vielleicht zur Produktion einer anderen Frucht höchst geschickt ist. Will man aber die

Fruchtbarkeit nach der Fähigkeit des Bodens schätzen, ein Produkt, wozu es am meisten geschickt ist, hervorzubringen, so irrt man wieder, weil es nicht immer die Umstände, und namentlich die Menge derer, welche dies Produkt bauen, erlauben, ebendasselbe zu erzielen. Endlich kann auch die Fruchtbarkeit, zu dem Ende, um die Steuer darnach zu reguliren, nicht aus dem Kaufpreise bemessen werden; weil der Kaufpreis sich nach der Steuer richtet: und eben deswegen die Steuer sich nicht nach dem Preise richten kann.

Es bleibt daher, meines Bedünkens, nichts übrig, als die Steuer nach dem Flächeninhalte anzulegen. Dadurch aber wird die Fruchtbarkeit gar nicht aus dem Auge gelassen; denn dadurch, daß die Steuer bei Grundstücken von gleichem Umfange gleich groß ist, müssen die fruchtbareren Felder um so viele hundert Gulden, als vielmals die jetzige Steuer um die Prozente, die der Landmann fordern kann, kleiner ist, als die vorige ist, theurer, und die unfruchtbareren wegen des umgekehrten Verhältnisses wohlfeiler werden. Wenn also der Besitzer des frucht-

bareren Feldes weniger Steuern, als sonst, und der Besitzer des unfruchtbareren mehr zahlt: so hat auch jener mehrere Kapitalien, und dieser weniger, als sonst auf dem Grundstücke liegen. Ihre Kapitalien sind nicht besteuert, aber sie richten sich nach der Fruchtbarkeit, und alle Güterbesitzer setzen sich dadurch in Ansehung der Steuer ins Gleichgewicht. -- Aber eben daraus folgt, daß die Grundsteuer nicht eher nach dem Flächeninhalte gefordert werden kann, als bis die Kapitalien nach ihr regulirt sind. Die Regierung macht also zuerst durch ein Gesetz bekannt, daß künftig die Steuer nach dem Flächeninhalte erhoben werden soll; (dabei bestimmt sie das Simplum von einem Morgen.) Jeder Käufer soll sich also darnach richten. So wie nun ein Grundstück seinen Besitzer ändert, zahlt der neue die Steuer nach dem Quadratfuß.

DRITTE ABTHEILUNG.

**Der Staat, als Verein zur Herstellung
des rechtlichen Zustandes.**

§. 32.

Idee des Rechts.

In der ungehinderten Wirksamkeit des Staats besteht seine Schönheit, die wir oben die Sittlichkeit des Volkes geheissen haben. Betrachten wir diese freye Thätigkeit in ihren Aeufferungen, so ist sie die Idee des Rechts. Wir wissen, daß der Staat nur in seinen Gliedern thätig seyn kann; und daß, wenn er organisch seyn soll, die Glieder auf verschiedene Art thätig seyn müssen. Es muß Erwerber, Staatsdiener, und einen Regenten geben, und selbst die Geschäfte der Staatsdiener, und der Erwerber müssen vertheilt seyn. Ferner muß jeder das Geschäft treiben, das seinen Fähigkeiten am angemessensten ist. Dadurch wird es nun möglich, daß der ganze Staat ungehindert wirke. Das Rechtsgesetz wird nun für den Einzelnen so lauten: Jeder handle an der von ihm selbst gewählten Stelle so, daß alle andern Staatsglieder, jeder an seiner Stelle, die besten ihrer Art seyn können.

§. 33.

Rechte und Verbindlichkeiten.

Mit dem Rechte dürfen die Rechte nicht verwechselt werden. Jenem steht das Unrecht, diesen stehen die Verbindlichkeiten gegenüber. Das Recht ist die Form des nothwendigen Wirkens. Es wird erst sichtbar im wirklichen Handeln des Menschen. -- Jeder hat einen Wirkungskreis, dessen Regulativ das Recht selbst ist. Nimmt man nun auf den Gegenstand, an dem sich das Recht objektivirt, Rücksicht, und hebt man das, was ein Einzelner thun darf, aus, so hat man den Begriff von einem Rechte. Das Recht ist eine Linie -- (in Bezug auf die Einzelnen) -- die Uebereinstimmung des Wirkens Eines mit dem Aller; zu allem dem, was inner der Linie liegt, hat das Individuum ein Recht. Von der Seite betrachtet, daß es alle anderen nicht daran hindern dürfen, entsteht der Begriff von einer Verbindlichkeit.

Irrig ist es, wenn man glaubt, ein Recht sey überhaupt etwas, dessen man sich bedienen kann, oder auch nicht; denn dann wür-

de das Recht ein Verhältniß der Person zur Sache ausdrücken. Ein Recht müßte in der von Menschen ungehinderten Wahl zwischen Ausüben und nicht Ausüben bestehen: wo aber Menschen nicht in Betracht kommen, da ist kein Verhältniß, als das der Person zur Sache, denkbar. Wahr ist es, daß es Handlungen giebt, welche zu thun wir eben so gut ein Recht haben, als wir ein Recht haben, sie zu unterlassen; allein dies sind zwey Rechte. Und ferner kann man zur Ausübung einer Handlung berechtigt, und verbunden zugleich seyn. Zusammenhängend ist diese Meynung mit der Vorstellungsart, daß innerhalb der Linie, dem Rechte, für jedes Individuum ein freyer Spielraum wäre, wo es nach Belieben handeln könnte. Allein alles, was der Einzelne thut, wird ja nur dadurch Recht, daß es mit der Wirksamkeit aller übereinstimmt, er kann rechtlich gar nichts anderes: Seine Unabhängigkeit ist also durch und durch von Abhängigkeit durchdrungen, und nur ein Hervordringen vor letzterer.

§. 34.

Gegenstand des Rechts.

Es ist keine Kultur, es ist kein Erwerb möglich, wenn nicht Jeder an seiner Stelle, und so das Ganze ungehindert wirken kann. So ist das Recht Mittel zur Kultur und zum Erwerbe. Aber der Wirkungskreis, -- das -- was jeder thun muß können, wird selbst hinwiederum von der Nothwendigkeit der Kultur und des Erwerbs bestimmt. Jeder darf alles das thun, was Bedingung der an seiner Stelle nothwendigen Bildung und Erwerbung ist. So werden also diese letztern beyden Grundthätigkeiten das Mittel der Bestimmung der Rechte; nur vermittelt Kultur und Erwerb kann das Recht sichtbar werden. -- Nicht mit Unrecht glauben wir also oben gesagt zu haben, daß eine Rechtslehre, die bloß von dem (formellen) Rechtsgesetze ausgienge, entweder inhaltslos seyn, oder ihren Inhalt erschleichen müßte. -- Da wir schon wissen, welche Forderungen an jede Klasse, und an die Einzelnen der Klassen gemacht werden, da wir ferner schon bey Darstellung des Staats, als Bildungs- und als Er-

werbsanstalt alles Wirken unter der Form des Rechts angeschaut haben, so ist es nicht nöthig, alle einzelnen Rechte aufzustellen. Wir begnügen uns damit, den rechtlichen Zustand im Großen zu beschreiben.

I. Gewissheit der Rechte.

§. 35.

A) Staatsrecht.

Das Staatsrecht enthält die reellen Bedingungen, unter denen die Staatsglieder untereinander bestehen können.

1) Der Regent muß all das können, was Mittel zur Regierung des Staates ist. Bezogen auf seine Person gegen alle Uebrigen werden wir dies die Regierungs- oder Hoheitsrechte nennen. Da wir den Staat noch nicht ganz aufgestellt haben, so ist es hier unmöglich, die einzelnen Hoheitsrechte aufzuzählen.

2) Die Staatsdiener können nur nach richterlicher Untersuchung ihres Amtes entsetzt werden. Ihre Befoldung muß so groß seyn, daß es ihnen möglich ist, sich im-

mer mehr auszubilden, und die ihnen zuge-
theilten Geschäfte dürfen nicht so viele seyn,
daß Frohsinn und Muth unter der Last un-
terliegen.

3) Die gewerbtreibende Klasse fordert,
daß ihre Kräfte nur zum Besten des Ganzen
und nur nach Gleichheit benützt werden;
weder der Regent, noch die Staatsdiener
als solche dürfen dieser Klasse die Gewerbe
dadurch entziehen, daß sie dieselben selbst
treiben. Kein einzelner Stand, oder ein ein-
zelnes Glied dieser Klasse, darf auf Kosten
der anderen begünstigt werden, u. s. w. Die
Schöpfer der Befriedigungsmittel geistiger Be-
dürfnisse fordern Ungehindertheit in ihren
Forschungen, und die Möglichkeit, durch
Geistesprodukte sich in den Besitz der phy-
sichen Bedingungen eines schönen Lebens
setzen zu können.

§. 36.

B) Privatrecht.

Das Staatsrecht setzt die Menschen als ru-
hend. Allein Bildung und Erwerb fordert, daß
sie in beständiger Wechselwirkung stehen. Der

Tod der Individuen, und der Zufall cet. bringt beständig Veränderungen unter ihnen hervor. Und nun entsteht die Frage, wie dieser continuirlichen Veränderungen ungeachtet das Gleichgewicht unter ihnen erhalten werden kann, welches das Staatsrecht ausspricht? Dieses Problem löset das Privatrecht. Die Art dieser Auflösung wollen wir nach den Ursachen der Veränderungen betrachten:

1) Es können und müssen Veränderungen entstehen durch Convention je zweyer und zweyer. Hier muß Wirkung und Gegenwirkung gleich seyn.

2) Stirbt ein Individuum, so succediren in seine Rechte und Verbindlichkeiten diejenigen, welche durch die Bande des Bluts mit ihm verknüpft waren, und denen er seine Bildung und seinen Unterhalt zu verdanken hatte, oder denen er sie zu leisten schuldig gewesen wäre: und in ihrem Ermanglungsfalle derjenige, den er zu seinem Nachfolger bestimmt.

3) Wer des andern Rechte verletzt, ersetzt dem Verletzten den Schaden, und ist er es nicht im Stande, die Gesamtheit.

4) Diejenigen, welche von Seite der physischen Natur gemeinschaftlich Gefahr für ihr Vermögen zu befürchten haben, stehen im gemeinschaftlichen, und ist die Gefahr allgemein, so stehen alle im Affecurationsverbande. Jeder trägt zur Entschädigung der Verunglückten nach Maßgabe seines Vermögens bey, und im ersten Falle kommt oft noch die individuelle Gefahr mit in Anschlag.

5) Verliert jemand durch Zufall die körperliche Fähigkeit zur Arbeit, so trägt wieder jeder nach seinem Vermögen zu seiner Erhaltung bey, wenn er sich nicht von seinem Eigenen ernähren kann.

Der Rechtsgrund des Verfahrens -- unter 3. 4. 5. -- liegt darin, daß jeder nur Rechte hat, wenn sie jeder hat, daß der Staat nur ungehindert wirken kann, wenn jeder ungehindert an seiner Stelle ist. -- Dies Verfahren ist auch eines der Mittel, wodurch sich die Natur mit sich selbst vereinigen, wodurch der Widerspruch zwischen dem sogenannten strengen Recht und der Billigkeit aufgehoben wird. Freylich konnte die Natur es bisher nicht ganz bewirken, und deswegen hat sie

da, wo sie mit Nothwendigkeit noch nicht durchdringen konnte, das Mitgefühl gesetzt, um wieder gut zu machen, was sie vernachlässigt zu haben schien. Aber offenbar ist es der Gang aller Gesetzgebungen, diese Idee zu realisiren.

II. *Sicherheit der Rechte.*

§. 37.

A) *Policey in rechtlicher Hinsicht.*

Die Policeyanstalten (in rechtlicher Hinsicht) haben die Tendenz, Rechtsverletzungen zu verhüten. Sie müssen daher in Aufsicht, und in Wegräumung alles dessen bestehen, wodurch Anlaß zu Verletzungen gegeben, oder wodurch Verletzungen leicht bemäntelt werden könnten.

§. 38.

B) *Verfahren des Staats gegen Rechtsverlezer.*

Dieser Anstalten ungeachtet ist es doch möglich, daß Rechte verletzt werden, und zwar entweder dadurch, daß jemand dasjenige, wozu er rechtlich verbunden ist, aus dem Grunde nicht erfüllt, weil er den Grund zu

dieser Leistung -- das Daseyn einer Verbindlichkeit, läugnet; oder dadurch, daß er an und für sich rechtswidrige Handlungen heimlich oder gewaltthätig unternimmt, oder durch seine Nachlässigkeit Ursache von Verletzungen wird. Im ersten Falle begeht er eine bürgerliche Rechtsverletzung, im zweiten ein Verbrechen.

§. 39.

a) S t r a f e n .

Wer aus Unachtsamkeit Rechte verletzt, leistet das Interesse. Verbrechen aus Vorsatz folgt überdies die Zufügung eines sinnlichen Uebels. Aber warum ist sinnlicher Schmerz mit Unrecht verknüpft? Was berechtigt den Staat, beyde zu verbinden? Wenn der Staat organisch seyn soll, so muß jedes Verbrechen als eine Verletzung Aller in Allen angesehen werden; gerade so, wie ich den Schmerz in allen Gliedern empfinde, wenn ich mich wie immer verletze. So wie ich ferner, wenn meine eine Hand die andere verletzt, in der verletzenden Hand den nämlichen Schmerzen empfinde: eben so muß der Verbrecher das

nämliche leiden, was er andern zugefügt hat; weil nur dadurch der Staat sich als einen Organismus zeigen kann.

Der Maasstab der Strafe wird das Verbrechen selbst seyn. (Poena talionis in Kants Sinne.)

Nun wird der Staat Strafgesetze bekannt machen, welches keinen andern Zweck haben kann, als Verbrechen zu verhindern. Das Strafübel wird aber von selbst von der Art seyn, daß es der rechtswidrigen Neigung gerade entgegenwirkt.

Wird Jemand eines Verbrechens beschuldigt, so muß er vertheidigt werden. Sein Eingeständniß allein hilft nichts. Ist aber vor dem Criminalgerichte auf andere Art das Verbrechen bewiesen, so kömmt es auf das Lügen des Verbrechers allein nicht mehr an, und die festgesetzte Strafe wird ihm zugefügt. Dadurch erklärt der Staat, daß er keinen Theil am Verbrechen habe. -- „Selbst wenn sich die bürgerliche Gesellschaft auflösete, -- müßte der letzte -- Mörder vorher hingerichtet werden, damit die Blutschuld nicht auf

dem Volke hafte, das auf diese Bestrafung nicht gedrungen hat." (Kant.)

§. 40.

b) Bürgerlicher Prozeß.

Verweigert Jemand die Erfüllung einer Verbindlichkeit, weil er ihr Daseyn läugnet, so wird nöthig seyn, auszumitteln, ob diese Verbindlichkeit wirklich vorhanden sey. Dies geschieht vor den Civilgerichten, und der Staat schreibt Normen zum Behufe dieser Ausmittlung vor -- Civilprozessordnungen.

Die Partheyen werden entweder in jure, oder in facto uneins seyn. Im ersten Falle gehört die Ausmittlung bloß dem Richter zu, und die Partheyen können ihre Rechtsansprüche bloß deduciren. Im zweiten Falle muß die Wahrheit des Daseyns oder Nichtdaseyns der Thatfache ausgemittelt werden. Zu diesem Endzwecke bestimmt der Staat Kriterien der Wahrheit -- Beweismittel. Pflicht des Staats ist es, die Wahrheit vor dem Gerichtshofe dem wirklichen Seyn der Thatfachen immer mehr anzupassen, und dies ist wieder eins der Mittel, die Moral mit dem Rechte auszusöh-

nen. -- Der Kläger hat all das, aber auch nur das zu beweisen, was zur Begründung seiner Klage gehört; der Beklagte das, was seine Einrede begründet.

Bürgerlich rechtswidrige Handlungen haben den Charakter der Rechtswidrigkeit nur dadurch an sich, in wie ferne sich der Kläger für beschwert hält. Eben so kann der Beklagte sein vermeintes Recht, von Erfüllung der Verbindlichkeit frei zu seyn, fahren lassen. Beide können daher, wie auf ihre Rechte selbst, so auf die Mittel, sie zu verfolgen, und unter diesen auch auf die Beweismittel Verzicht leisten. Da man aber nur auf das, was man kennt, verzichten kann, so macht der Richter, falls er anderswoher die Möglichkeit des Beweises erfährt, die concreten Beweismittel dem Beweisführer im Beisein des Gegners zu wissen, und erwartet seine Disposition darüber.

Die Partheien müssen vor Verletzungen der Richter gesichert seyn. Der Staat ordnet also, in Criminalsachen sowohl, als in Civilsachen, eine Subordination der Gerichte an. Weil
aber

aber die Rechte nicht ewig ungewiß seyn können, so muß es ein höchstes Tribunal geben. Die Sprüche dieses Gerichts werden sogleich, jene der Untergerichte aber nach Verlauf der für Ergreifung der Appellation festgesetzten Zeit vollzogen. Letzteres hat eine Ausnahme in Criminalsachen, bei außerordentlichen Verletzungen des Richters, cet.

III. *Ueber Gesetzverbesserungen.*

§. 41.

Welche Gesetze müssen geändert werden?

Nichts ist in der Welt vollkommen. Alles ist beständiges Annähern zu seiner Idee. Jedes Gesetz muß den Umständen des Orts, der Zeit, cet. angemessen seyn. Alle Gesetze müssen daher immer geändert werden. Unsere Frage ist nur, welche Gesetze besonders geändert werden müssen?

Man thut sehr gut, wenn man das Privat - Criminal - Proceßrecht, cet. seiner Idee immer näher bringt; man thut sogar viel, wenn man das Jus in thesi controversum de-

cidirt, und gewiß macht; aber wenn man glaubt, daß man dadurch schon Alles, oder das Wesentlichste in rechtlicher Hinsicht geleistet habe, so irrt man sehr, und insoferne hat man sehr wenig geleistet. Wenn der Staat, der Mängel in sich erblickt, dieselben durch Prozeßgesetze, Strafen, cet. heilen wollte, die veralteten Grundverhältnisse aber stehen läßt: so kommt er mir gerade vor, wie ein Kranker, der immer Medizinen braucht, aber niemals mäßig ist. (Glaublich war dies die Meinung Plato's, da er über diese Materie spricht.) Der Staat muß sich vom Grunde aus heilen. Mäßigkeit, das schöne Ebenmaas unter seinen Gliedern, muß sein Hauptaugenmerk seyn, und dann kann erst die Verbesserung von den übrigen Gesetzen von großem Nutzen seyn.

§. 42.

Was heißt: *Gesetzverbessern*?

Der Grad der Kultur des Volkes muß der Maasstab der Veränderung der Gesetze seyn. Ein Gesetz ist nur gut, wenn es der Bildung des Volkes genau anpaßt, und der Satz: Gesetze sind der Repräsentant der Kultur, ist nur wahr, wenn die Gesetze der Kultur angemessen sind. Die Gesetze sind also immer den Umständen anpassend, gerecht. Das Umändern eines Gesetzes ist nie das Geständniß des Staats, daß vorhin das Unrecht

geherrscht habe. Das positive Recht ist immer das Recht der Natur, das Recht, zu dem es die Natur bisher hat bringen können.

§. 29.

Folgen einer Gesetzabänderung.

In Hinsicht der Folgen der Abänderung der Gesetze unterscheide ich staatsrechtliche Normen von allen übrigen Gesetzen.

1) Werden die letzteren abgeändert, so gilt im Allgemeinen die Regel, daß vergangene Handlungen nach dem vorigen, zukünftige aber nach dem neuen Gesetze beurtheilt werden.

2) Was aber die staatsrechtlichen Bestimmungen betrifft, so unterscheide ich wieder solche Verhältnisse, wodurch Einigen Vorrechte vor den Uebrigen ertheilt, und es den andern unmöglich gemacht wurde, in ihrer Art ungehindert zu wirken, und solche, wodurch, und in wie ferne dadurch gewisse Klassen von Staatsgliedern gegen eine andere unablässliche Lasten zu tragen hatten.

a) Jene Verhältnisse müssen ganz aufgehoben werden. Dahin gehören Leibeigenschaft, Erblichkeit der Aemter, Familienfideicommiss, u. s. w. Alle werden frei, und gleich berechtigt. Der Leibeigene kann sich ein Gut eigenthümlich erwerben, Pächter werden, u. s. f. -- Wer erweislichermassen für

die gesetzlichen Vortheile aus jenen Vorrechten etwas gab, erhält es zurück.

b) Zu den Verhältnissen der zweiten Art zähle ich: Scharwerke, Lehens- und emphyteutisches Verhältniß, cet. Ich weiß zwar, daß dies nur privatrechtliche Gegenstände sind, und daß infoferne bloß das Privatrecht zu bestimmen hat, ob solche Verhältnisse eingegangen werden können. Allein sie können -- besonders in Teutschland -- noch von einer andern Seite betrachtet werden. Die Adelichen, welche größtentheils die Grundherren sind, hatten Autonomie. Sie erklärten alle die aus jenen Verhältnissen für den Grundherrn entspringenden Rechte für Familienfidecommisse. Kein Besitzer konnte nun jene Rechte veräußern, und auf diese Art waren jene Verhältnisse bleibend und constitutionell geworden. Da aber Private keine Gesetze geben dürfen, da ferner die Familienfideicommissse getilgt werden: so ist die Ablöslichkeit dieser Lasten schon gesetzt, und eben die Unablöslichkeit war es, was die gleiche Wirksamkeit erschwerte. Diese Verhältnisse werden wieder ganz privatrechtlich, und es fragt sich bloß, ob in solchen Verträgen Wirkung und Gegenwirkung gleich sei.

Nibler, Johann Baptist,

Der Staat aus dem Organismus des Universums entwickelt ein Versuch

Landshut 1805

Bibl.Mont. 4671

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10725678-8